

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr

68. Sitzung
14. Juni 2010

Beginn: 10.04 Uhr
Ende: 12.40 Uhr
Vorsitz: Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

[0382](#)

Lokale Agenda 21

Drs 16/3003

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und der Grünen)

Die Fraktionen haben sich auf eine Anhörung verständigt. Im Vorfeld wurde sondiert, dass wir auf die Anhörungsbegründung verzichten wollen. Ich begrüße sehr herzlich die Anzuhörenden, nämlich zunächst Frau Katrin Nolting, wissenschaftliche Mitarbeiterin der IZT gGmbH, Herrn Prof. Dr. Rogall, Mitglied des Vorstandes von Berlin 21 e. V., und Herrn Peter Schrage-Aden, den Klimaschutzbeauftragten des Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Wir hatten auch den Rat für nachhaltige Entwicklung eingeladen. Er konstituiert sich gerade und konnte deswegen niemanden entsenden. Ich gehe davon aus, dass Sie wie immer bei unseren Anhörungen ein Wortprotokoll wünschen. – Ich höre keine Einwände. Ich darf dann zunächst um die Stellungnahme des Senats zu seiner Mitteilung – zur Kenntnisnahme – bitten, und danach hören wir die Anzuhörenden. – Frau Senatorin, Sie haben das Wort.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ziel des Berichts ist es, nicht nur eine Bilanz zu ziehen, sondern auch neue Herausforderungen zu identifizieren, auf neue Entwicklungen einzugehen. Ich glaube, dass schon mit dem Abgeordnetenhausbeschluss darauf hingewiesen worden war, dass nicht alle Potenziale, alle Handlungsfelder Berlins wiedergegeben worden sind. Deshalb ist mir wichtig, dass wir uns in Zukunft auch mit Fragen zum Beispiel, die die Kreativ- oder

Kulturwirtschaft betreffen, mit Green Technologies auseinandersetzen, dass wir uns auseinandersetzen mit der Bedeutung des Begriffes und der Wandlung im Bereich des demografischen Wandels. Die Dimension und die Bedeutung des Klimawandels ist, glaube ich, auch seit der Beschlussfassung im Jahr 2006 im Bewusstsein noch ganz erheblich gestiegen. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass wir diese neuen Entwicklungen berücksichtigen und auf solche Herausforderungen eingehen. Ich bin aber der Auffassung, dass es immer eine Weiterentwicklung und eine Aktualisierung geben muss.

Der Schwerpunkt im Bericht liegt auf den Handlungsfeldern – der Gestaltung des sozialen Lebens, der Energie- und Klimaschutzpolitik und des bürgerschaftlichen Engagements. Vor allen Dingen sind die Fragen der Ökologie, der Ökonomie und des sozialen Zusammenhalts von Bedeutung. Wir schlagen für die Zukunft vor, uns zu orientieren an einem Set von Indikatoren, das wir vorgestellt haben. Und wir schlagen vor, dass die Fachverwaltungen beim Amt für Statistik in Berlin-Brandenburg eine erhebliche Unterstützung für die Zukunft bekommen.

An diesem Bericht haben alle Senatsverwaltungen mitgearbeitet. Ich bin froh über die Beteiligung der Bezirke. Es gibt eine Reihe von Bezirken, die formelle Beschlüsse gefasst haben, und ich freue mich sehr, dass in den Bezirken dann auch sehr konkrete Verpflichtungen, sehr konkrete Commitments durch solche Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen bzw. der Bezirksämter vorliegen, die uns zeigen, dass die Lokale Agenda in ihren Einzelheiten und vor allen Dingen vor Ort ganz konkret zur Bewusstseinsbildung und zum Verhalten einen wesentlichen Anstoß gegeben hat. Nach meiner Einschätzung hängt es vor allen Dingen davon ab, dass sich sehr viele Menschen engagieren und sagen, wir fühlen uns diesem Prozess verpflichtet. Ich glaube, dass wir zunehmend sehen können, wie die Frage der Nachhaltigkeit Menschen bewegt und wie sie zum Selbstverständnis des Handelns in vielen Politikfeldern geworden ist – auch in den Politikfeldern, die nicht originär in der ersten Runde der Diskussion vor zehn Jahren die herausragende Rolle gespielt haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Fauxpas des Vorsitzenden, Frau Senatorin Lompscher nicht begrüßt zu haben. Herzlich willkommen in unserer Runde – andeutend, dass es sich bei der Agenda 21 um ein ressortübergreifendes Thema handelt. – Wir kommen damit zur Anhörung. – Herr Prof. Rogall, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Dr. Holger Rogall (Berlin 21 e. V.): Ich vertrete hier den Dachverband der Berliner Agenda-Initiativen. Uns sind die folgenden Punkte sehr wichtig, den Abgeordneten nahezulegen. Erstens muss uns vor Augen geführt werden, auf welcher Grundlage wir das hier eigentlich betreiben – wir sind ja keine Insel der Seeligen in Berlin, sondern wir sind eingebettet in einen globalen Prozess. Hintergrund der Arbeiten zur Lokalen Agenda 21 in Berlin waren die Beschlüsse des UN-Gipfels Umwelt und Entwicklung in Rio 1992. Fast alle Staaten der Erde haben die Agenda, das Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung unterzeichnet. Hierin werden das erste Mal in einem internationalen Beschluss auch die Kommunen und Regionen – Regionen verstanden wir bei uns zum Beispiel die Bundesländer – in die Verantwortung genommen. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit seinem Beschluss 2006, mit der Entwicklung und Verabschiedung der Lokalen Agenda 21, diese Verantwortung aus unserer Sicht auch übernommen und explizit die Agenda zur Leitidee der künftigen Landespolitik erklärt – so steht das in dem Beschluss.

Diesen Beschluss hat der Senat aus Sicht von Berlin 21 nur unzureichend umgesetzt. Das möchte ich im Folgenden an vier Beispielen erläutern. Erstens – mangelnde Umsetzung als Leitidee –: Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur systematischen Umsetzung des Nachhaltigkeitsprogramms wurde nicht eingerichtet. Das ist aber damals in dem Beschluss hervorgehoben worden. Ein solcher Prozess, ist nicht auf ein, zwei Jahre angelegt worden, in denen Abgeordnete aufgrund ihrer zeitlichen Restriktionen sonst arbeiten müssen, sondern hier ist ein Bogen geschlagen worden bis in das Jahr 2030. Es gibt nicht sehr viele Programme, die so weit gehen. Dafür hätte es einer Arbeitsgruppe bedurft. Sie ist nicht eingerichtet worden. Das Agenda-Büro, das der Nucleus einer derartigen Koordinierungsstelle hätte werden können, wurde nicht etwa ausgebaut, sondern faktisch abgewickelt in der Zeit. Die Zusammenarbeit zwischen der zuständigen Senatsverwaltung und den Bezirken wurde trotz des Abgeordnetenhausbeschlusses eingestellt. Dazu werden wir von Herrn Schrage-Aden dann noch einiges hören. So ist eine systematische Umsetzung der Maßnahmen, wie im Abgeordnetenhausbeschluss von 2006 vorgesehen, bis heute – jedenfalls von außen – nicht erkennbar.

Zweitens – Verletzung der Berichtspflicht, die auch damals niedergelegt wurde –: Die 2006 beschlossene Berichtspflicht erfolgte mit fast einem Jahr Verspätung. Das Berichtssystem wurde nicht eingerichtet. Daher ist es auch wenig erstaunlich, dass viele erfreuliche Beschlüsse – Berlin 21 sieht durchaus, dass im Laufe der Zeit einzelne Maßnahmen des Senats durchaus zu begrüßen sind – aber ohne Bezug zur Agenda und aus ganz anderen Motiven heraus erfolgt sind. Die Ergebnisse wurden in dem vorliegenden Bericht nicht einmal vollständig aufgelistet und in Bezug zu den beschlossenen Handlungszielen bewertet. Das hätte man natürlich tun können. Wenn man das in den Senatsressorts so eingerichtet hätte, einen Agenda-Beauftragten, der solche Dinge mit den Handlungszielen abgleicht, dann hätte man einen beispielgebenden Bericht vorlegen können.

Viele Agenda-Gruppen, die sich im Vorfeld jahrelang mit dem Entwurf der Agenda beschäftigt hatten, waren beim Studium des Berichtes darüber befremdet – jedenfalls ist uns das so berichtet worden –, dass nur über vier von insgesamt 63 Handlungszielen berichtet worden ist.

Drittens – mangelhafte Umsetzung der beschlossenen Fortsetzung des Agenda-Prozesses mit der Bürgergesellschaft, auch dieses findet sich in dem Beschluss 2006 vom Abgeordnetenhaus –: Auch wenn der Senat den Dachverband der Berliner Agenda-Initiativen mit jetzt 38 000 Euro pro Jahr durch eine Grundfinanzierung und weitere Projektmittel fördert – das wird natürlich begrüßt –, werden seine Gesamtaktivitäten zur Fortsetzung des beschlossenen Prozesses als nicht ausreichend bewertet. Teilweise ist sogar eine negative Tendenz zu beobachten. So wurde zum Beispiel die kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten für Agenda-Initiativen – das hat es in der Vergangenheit immer gegeben von der zuständigen Senatsverwaltung – seit dem Agenda-Beschluss eingeschränkt. Eine Beteiligung der Bürgergesellschaft an der Berichterstattung erfolgte nur ungenügend.

Viertens – vertane Chance –: Berlin hat wohl die anerkannteste Agenda in Deutschland, aber sie hat nichts daraus gemacht. Auf einem Kongress in Heidelberg, den ich letzte Woche besuchte, konnte der dortige Oberbürgermeister Heidelberg wirklich als Hauptstadt der Agenda- und Nachhaltigkeitsbewegung in Deutschland brüsten, weil er das in einer ganzen Reihe Punkten, abgeglichen mit der Agenda Heidelberg, so darstellen konnte. Berlin hingegen kann das so nicht tun.

Was sind unsere Empfehlungen daraus? – Aus der Sicht der Berliner Agenda-Initiativen bedarf es jetzt dringend eines Neuanfanges. Der Nachhaltigkeitsprozess ist sozusagen neu zu beginnen und dann mit der beschleunigten Verabschiedung ergänzender Maßnahmen voranzutreiben. Das ist nicht nur wegen der Versäumnisse der Vergangenheit notwendig, sondern – die Senatorin hat darauf hingewiesen – die Zeit seit 2006 ist ja nicht stehen geblieben. Wir wissen, dass in fast allen Bereichen, die wir schon relativ deutlich beschrieben haben, die globalen Problemen erheblich zugenommen haben seit 2006. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung schreibt, dass der IPCC-Bericht über die Klimaveränderung im Grunde genommen deshalb überholt ist, weil diese so viel schneller mit dem Anstieg des Meeresspiegels und anderer für die Menschheit bedrohlicher Entwicklungen voranschreitet, als im IPCC-Bericht befürchtet. Ein solcher Neuanfang kann aber aus unserer Sicht nur gelingen, wenn das Abgeordnetenhaus seine Kontrollfunktion weiter intensiviert. Die hier anwesenden Sprecherinnen und Sprecher müssen das zu ihrem eigenen Kind machen, sonst wird das nicht gelingen. Wenn man ein wenig Erfahrung aus dem parlamentarischen Bereich mitbringt, weiß man, dass es nicht von den Strukturen, sondern immer von einzelnen Menschen ausgeht, die sagen: Das ist eine zentrale Aufgabe, und das mache ich zu meinem Anliegen. Dann können auch große Dinge im Abgeordnetenhaus erreicht werden. Sollte das nicht gelingen, dann sage ich voraus, dass wir in zwei Jahren nicht etwa den 20. Jahrestag von Rio hier feiern werden, sondern eher die Beendigung des ganzen Agenda-Prozesses. In diesem Zusammenhang hat uns die gemeinsame Presseerklärung von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen Mut gemacht. Das lässt hoffen, dass die Abgeordneten ihre Funktion auch wahrnehmen und noch weiter intensivieren wollen.

Aus unserer Sicht sollte der Senat entsprechend des Abgeordnetenhausbeschlusses von 2006 einen führenden Repräsentanten für den Agenda-21-Prozess in Berlin benennen. So könnte man sich zum Beispiel vorstellen, dass der Regierende Bürgermeister, das heißt die Senatskanzlei diesen Part übernimmt, für den Prozess auch bei ausländischen Gästen und anderen in der Öffentlichkeit wirbt und eine Staatssekretärskoordinierungs-AG „Green Cabinet“ einrichtet.

Zweitens: Der Agenda-Prozess ist eine Aufgabe für alle Senatsressorts, die durch ein Steuerungszentrum zu koordinieren sind. Das hat uns erschüttert in dem Bericht, dass man das genau aufgeben will. Agenda bedeutet nicht „Jeder macht, was er will“, sondern das ist ein Prozess, der gemeinsam von der Regierung Berlins anzugehen ist.

Drittens: Es ist ein Mechanismus für die kontinuierliche Fortführung des Agenda-21-Prozesses zum Beispiel durch ein Erfassungs- und Berichtssystem einzurichten. Die im Abgeordnetenhausbeschluss vorgesehene zeitliche Abfolge der Berichterstattung ist zu gewährleisten. Ich habe auf die Verspätung bei dem Bericht hingewiesen.

Viertens: Der Dialogprozess mit der Bürgergesellschaft ist zu beginnen und öffentlich zu machen. Das bürgerschaftliche Engagement stellt einen großen Energiefaktor für die Stadt dar und sollte verstärkt werden. Dazu ist es erforderlich, dass die Arbeit von Agenda-21-Gruppen durch die Bereitstellung von kostenfreien Räumlichkeiten gesichert wird.

Fünftens: Ein enges Zusammenwirken mit den Bezirksghremien ist zu sichern. Die Agenda-21-Arbeit sollte als Pflichtaufgabe der Bezirke festgeschrieben werden. Die Arbeit in den Bezirken ist durch längerfristigen Einsatz, mindestens drei Jahre, von Personal aus dem Stellenpool zu unterstützen. Die anfallenden Kosten sollten nicht zu Lasten der Bezirkshaushalte gehen.

Sechstens: Zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Agenda 21 Berlin – möglicherweise künftig in Verschränkung mit den Brandenburger Aktivitäten – sollte ein Zukunftsrat gegründet werden – da können wir an dem Beispiel aus Brandenburg partizipieren –, indem neben Vertretern der Politik entsprechend qualifizierte Akteure der Zivilgesellschaft berufen werden sollten. Dieser Zukunftsrat ist mit der erforderlichen Infrastruktur auszustatten und sollte ermächtigt werden, für die zu definierenden Probleme und Handlungsfelder auch Arbeitsgruppen unter Hinzuziehung weiterer Akteure einzurichten.

Siebtens: Die Arbeit an und mit der Lokalen Agenda 21 sollte durch einen Abgeordnetenhausbeschluss Pflichtaufgabe für die Senatsverwaltung und die Bezirke werden.

Als Letztes: Wir begrüßen die Zuarbeit des Statistischen Landesamtes natürlich ausdrücklich. Die Bundesregierung konnte davon sehr partizipieren, dass zum Beispiel auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes sofort die 21 Indikatoren der Bundesregierung aufgelistet sind mit einem Berichtssystem, wo jede Bürgerin und jeder Bürger jederzeit Zugriff hat: Wie hat sich das entwickelt? Wie ist der Nachhaltigkeitsgrad Deutschlands vorangekommen? Das wünschen wir uns auch für Berlin. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Prof. Rogall! – Frau Nolting!

Katrin Nolting (IZT): Guten Tag, und herzlichen Dank für die Einladung! Ich bin hier als Mitarbeiterin des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Ich bin selbst seit fast zehn Jahren in der Berliner Agenda 21 tätig, bin hier in Vertretung von Herrn Prof. Kreibich, der heute im Wirtschaftsministerium spricht, und bin gleichzeitig aber auch selbst als Vertreterin des IZT Mitglied des Sprecherrates von Berlin 21. Ich möchte einige Punkte ergänzen, die Herr Rogall erwähnt hat, also noch mal die Innensicht wiedergeben, wie sich die Agenda entwickelt hat, wie die Evaluation in Berlin vorangetrieben wurde, und ich möchte auf die positiven Ergebnisse, die bislang erzielt worden sind, aufmerksam machen und daran anknüpfen.

Beginnend im Jahr 2001 haben wir in Kooperation mit dem Senat und mit der Unterstützung der Fraktionen die Projektagentur „Zukunftsfähiges Berlin“ gegründet, die über das IZT lief, wo über hundert Projekte im Bereich Stadtentwicklung, Verkehr, Wirtschaft, bürgerschaftliches Engagement gefördert worden sind. Dar aus sind viele interessante Sachen entstanden, unter anderem Projekte wie zum Beispiel die 20 grünen Hauptwege, das Biketaxi oder auch die Kunststoffe – Projekte, wo sich heute eigentlich kaum noch einer daran erinnert, dass sie in Zusammenarbeit und aus der Agenda 21 heraus und auch mit den Senatsverwaltungen entstanden sind. Das sind gute Anknüpfungspunkte für gemeinsame, kooperative Vorhaben. Gleichzeitig haben wir natürlich auch den bürgerschaftlichen Prozess der Erstellung dieser Agenda 21 über diese strukturellen Mittel gefördert und hatten einen Dialogprozess damals in allen Bezirken mit über 20 Veranstaltungen. Das Dokument, das hier entwickelt wurde, ist auf einer breiten Basis an Diskussionen mit Berliner Bürgerinnen und Bürgern entstanden. Das ist ein großer Meilenstein auch der demokratischen Entwicklung gewesen.

Zum Zweiten möchte ich noch mal ins Bewusstsein rufen, dass das nicht irgendein Dokument ist, sondern die Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin. Herr Rogall hat es schon betont: Im Vergleich zu anderen Bundesländern und auch im Vergleich zu anderen Regionen stehen wir zumindest auf struktureller Ebene in Berlin

damit sehr weit vorn. Wir plädieren sehr dafür und bitten Sie, mit uns da gemeinsam zu kooperieren, an diese Nachhaltigkeitsstrategie von Berlin anzuknüpfen, das Handlungsprogramm ernst zu nehmen, es zu erweitern und über die Jahre gemeinsam zu entwickeln und auszubauen. Wir haben jetzt nun endlich auch in Brandenburg den Nachhaltigkeitsrat gegründet – mit dem Auftrag, eine solche Strategie für Brandenburg zu erstellen und das vor dem ganz gravierenden Hintergrund, dass die globalen Probleme, Sie wissen das alle, wie Erhalt der Biodiversität, wie den Klimawandel bewerkstelligen, wie Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten, auf lokaler Ebene gelöst werden müssen. Sie können nicht im stillen Kämmerlein von Senatsverwaltungen gelöst werden, sondern sie können nur gelöst werden, wenn Bürgerinnen und Bürger auch zu Hause ihr Nutzerverhalten ändern und daran mitwirken. In einen solchen Dialogprozess zu treten und dieses Kapital, das wir in Berlin haben, ernst zu nehmen, darum bitten wir Sie! Und eigentlich ist es unser Anliegen, verstärkt wieder aufeinander zuzugehen und eine Kooperation in die Wege zu leiten.

Ich möchte noch mal darauf verweisen: Wir haben vom IZT sehr viele Projekte im internationalen und auch im nationalen Bereich. Wir unterstützen zum Beispiel seit vier Jahren den bundesweiten Netzwerk-21-Kongress, wo bundesweit Kommunen, Bürgermeister, Projektpartner von ihren Erfolgen auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung berichten. Wir haben tolle Beispiele wie den Landkreis Fürstentum Brück in Bayern – den kennen Sie sicherlich alle – oder auch Nordrhein-Westfalens Zukunftskreis Steinfurt, wo Ziele der Energieautarkie und des Klimaschutzes, regionale Entwicklungsziele, bis 2030 oder bis 2050 energieautark zu sein, dort unmittelbar an die Lokale Agenda 21 angeknüpft sind und nicht parallel und getrennt voneinander verlaufen. Eine solche Kooperation wünschen wir uns hier auch, das ernst zu nehmen, was an bürgerschaftlichem Kapital da ist. Es sind ja alles Personen, die auch in ihren Berufen stehen und die einen fachlichen Hintergrund haben. Das ist unser Plädoyer, wie Herr Rogall auch sagte, einen Neuanfang zu machen und den Dialog zu suchen und diese Nachhaltigkeitsstrategie weiter zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang liegt die Betonung darauf, dass man für den Erhalt der Strukturen, also den Dialog zu fördern, ein gewisses Maß an Mitteln bereitstellen muss. Wir sind bislang sehr froh, dass die Geschäftsstelle von Berlin 21 so gut gearbeitet hat, dass wir Sitzungen koordinieren können, dass wir Veranstaltungen durchführen können, dass wir Aufmerksamkeit erzeugen können und auch die Entwicklungen, die gerade Berlin als Wissenschaftsstandort hat, aufgreifen können. Wir haben eine ganz tolle studentische Initiative für nachhaltige Entwicklung, die sich quasi von unten heraus gebildet hat. Das zu integrieren, vermag natürlich nur eine Organisation, die auch über ein Mindestmaß an Mitteln verfügt und die über eine Unterstützung durch Räumlichkeiten über die Senatsverwaltungen verfügt und nicht über eine Verhinderungshaltung. Daher ist unser Plädoyer, diese Mittel nicht zu kürzen, aber nicht rein in Finanzdiskussionen stecken zu bleiben, sondern dass wir uns zusammensetzen, den Dialog suchen und schauen, wie wir es zukünftig gemeinsam und besser gestalten können. – An dieser Stelle erst einmal vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Frau Nolting! – Jetzt Herr Schrage-Aden – bitte!

Peter Schrage-Aden (Klimaschutzbeauftragter BA Steglitz-Zehlendorf): Vielen Dank für die Einladung! Ich habe ja sozusagen die Aufgabe, den Blick mal von unten auf dieses Problem zu lenken. Ich kann hier nicht für die Bezirke sprechen, ich habe auch keinen Überblick über das, was in den anderen Bezirken passiert. Das ist ein Problem dieses Prozesses, dass dieser Überblick nicht besteht. Ich habe auch erst Freitagmittag von dem Termin hier erfahren und konnte mich deswegen nicht so richtig vorbereiten, lade Sie aber gleich erst mal ein, falls Sie noch Zeit haben: Morgen Abend werden wir in unserem Zukunftssalon über Mobilität sprechen; die Einladung habe ich Ihnen hingelegt.

Ganz kurz, was wir zu dem Thema machen: Angesichts der personellen Situation der Ämter haben wir die Stelle des Klimaschutzbeauftragten mit etwa einem Drittel einer Stelle besetzen können. Ich habe die Aufgaben ganz kurz auf einem Blatt zusammengefasst. Aber – und das ist wahrscheinlich einmalig in den Berliner Bezirken – ich habe Mitzeichnungsrecht bei allen Maßnahmen, bekomme einen Großteil der Bauaktivitäten auf den Tisch und habe da die Möglichkeit, zu Fragen des Klimaschutzes und der Energieeinsparung Stellung zu nehmen und bin sozusagen eingebunden in diesen Bauprozess, der bei den Umweltämtern üblicherweise nicht in dem Maße stattfindet.

Wir haben eine Nachhaltigkeitsstelle schaffen können aus dem Überhang, natürlich immer nur für ein Jahr. Deshalb ist der Vorschlag von Herrn Rogall, das auf drei Jahre auszudehnen, da genau richtig. Wir haben jetzt ein Jahr zwei Kolleginnen, die den Nachhaltigkeitsbericht erarbeiten. Der Bericht ist leider noch nicht fertig, aber den Zwischenbericht, wo wir mit unseren Nachhaltigkeitszielen stehen, habe ich an Sie verteilt. Wir haben versucht, einen möglichst schlanken Bericht zu machen und an wenigen Indikatoren, die nachprüfbar, nachmessbar sind, zu belegen, wo die Fortschritte sind.

Wir haben darüber hinaus einige Gruppen, die sich im Rahmen der klassischen Lokalen Agenda – hauptsächlich unsere Verkehrs AG – mit dem Thema beschäftigen. Wir organisieren Zukunftskongresse in zweijährigem Abstand. Und wir haben jetzt seit über einem Jahr den Zukunftssalon als eine Möglichkeit, über das Tagesthema hinaus Diskussionen zu führen und Menschen einzubinden. All das können wir nur machen, weil wir zurzeit noch kostenlose Räume im Bezirk zur Verfügung gestellt bekommen, weil es eine bezirkliche Aktivität ist, abgedeckt durch Bezirksamtsbeschluss. Wenn wir für diese Räume bezahlen müssten, wäre das gar nicht möglich.

Jetzt zu dem vorliegenden Papier: Ich habe das Gefühl, es fehlt die Kohärenz in der Darstellung. „Kohärenz“ ist ein Begriff in der Entwicklungszusammenarbeit seit 2002, von der UNO eingeführt, und ich verweise auf das, was wir gestern Abend gesehen haben: Das war ein kohärentes Spiel der deutschen Mannschaft. Dort hat man sehen können, wie man zusammenspielt und wie das funktionieren kann, auch wenn es nicht einen Chef gibt, sondern anscheinend mehrere, also das im Team gemacht wurde. Dieses scheint mir zu fehlen. Ich mache das auch mal ganz konkret fest an meinem Arbeitsbereich, der Energiepolitik. Wir haben im Augenblick vier Senatsstellen, die energetische Standards für das Bauen in Berlin definieren. Wir haben keine Berliner Standards, wie Sie von Ihnen hier seit vielen Jahren gefordert worden sind. Das Problem zum Beispiel im K2-Programm ist, dass der Senator für Schule die Standards definiert, und bei Verkäufen von Grundstücken oder bei der BIM ist es der Finanzsenator, es ist die Umweltsenatorin und es ist die Senatorin für Stadtentwicklung. Uns scheint es hier nicht aus einem Guss zu kommen. Ein ganz konkretes Beispiel ist dieser unendliche Streit, den wir seit zwei Jahren in Berlin führen, ob man, wenn man ein Passivhaus baut, eine Lüftungsanlage benötigt. Das geht jetzt über zwei Energiekongresse sozusagen hinweg, und wir haben immer noch keine eindeutige Entscheidung. Das heißt, wenn ich Fördermittel beantrage bei der einen Senatsverwaltung, dann muss ich eine Lüftungsanlage einbauen, und wenn ich im K2-Programm baue, dann darf ich es nicht. Das heißt, es gibt hier keine organisierte Struktur, die uns gerade aus der Situation des Bezirkes heraus hilft bei den Anforderungen, die wir haben, dass wir in den nächsten vierzig Jahren aus dem Kohlenstoffzeitalter aussteigen wollen, dass wir, wenn wir heute Häuser bauen, sie so bauen müssen, dass sie auch zukunftssicher sind. Im Grunde genommen, müssen sie ohne Öl oder Gas auskommen. Dieses wird gerade im K2-Programm oder in anderen Bauprojekten nicht realisiert. Deswegen möchte ich auch ein bisschen bezweifeln, dass der Gedanke der Lokalen Agenda in der Verwaltung angekommen ist. Solange es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, wird dieses immer dem Rotstift zum Opfer fallen. Die übliche Situation einer Baurunde – sie sind teilweise so groß wie dieser Kreis – ist doch die, dass man am Anfang sehr schöne Dinge formuliert, die man haben möchte, und im Laufe des Baugeschehens alles wieder rausgestrichen wird, im Zweifelsfall sogar die Lüftungsanlage, die vorher beschlossen worden ist, die Solaranlage auf dem Dach und ähnliche Dinge. Wenn es dort nicht eine Handhabe gibt, vergleichbar dem Denkmalschutz, dann werden wir hier nicht weiterkommen. Und ich habe auch noch bei keiner Baubesprechung, egal, ob auf bezirklicher, Landes- oder Bundesebene – wir maßen uns an, auch bei Landes- und Bundesbauten bei uns Bezirk, sobald wir davon Kenntnis bekommen, mitzureden –, erlebt, dass dort der Gedanke der Lokalen Agenda und was damit zusammenhängt, ankommt – es sei denn, es sitzt dort mal jemand und sagt, gut, Frau Junge-Reyer hat gesagt, aber minus 30 Prozent bei der EnEv, dann hat das eine gewisse Wirkung, aber das reicht nicht, solange das Geld nicht dafür vorhanden ist und die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Die Quintessenz unserer Stellungnahme zum Bericht der Lokalen Agenda war deswegen: Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen, verbindliche Rahmenstrukturen, was insbesondere auch bei den Bezirken bedeutet, dass sie eine finanzielle Sicherheit erfahren. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Arbeit der Lokalen Agenda in irgendeiner Weise in der Kosten-Leistungs-Rechnung abgebildet werden kann, denn sonst ist das nicht finanzierbar, und wir werden bei der nächsten Finanzierungsrunde im Zweifelsfall über die Kosten-Leistungs-Rechnung diese Aufgaben auch wieder abgeben müssen.

Ein anderer Punkt ist, dass die Vergleichbarkeit der Tätigkeiten in Berlin schwierig ist. Ich sage es mal an einem einfachen Beispiel: Es gibt immer noch keine Vereinbarung, mit welchen Prozentsätzen bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung hinsichtlich der Preissteigerung für Öl und Gas gerechnet wird. Jeder macht das anders, folglich kommt jeder zu einem anderen Ergebnis. Wir haben auch keine Vergleichbarkeit in anderen Wirtschaftlichkeitsbegriffen: Das UEP hat eine andere Definition von Wirtschaftlichkeit oder andere Indikatoren als zum Beispiel der Investitionspakt usw. Das heißt, hier wird mit Zahlen jongliert, die überhaupt nicht miteinander vergleichbar sind zwischen den Bezirken, und es kann deswegen auch zum Beispiel kein Wettbewerb organisiert werden. Konkrete Vorschläge unsererseits sind: Es müssen Beratungsstrukturen geschaffen werden für all die Maßnahmen, die erforderlich sind, um in der nachhaltigen Entwicklung voranzukommen. Das bezieht sich nicht nur auf Bauen, das ist leicht nachvollziehbar, es bezieht sich auch auf andere Dinge.

Ich möchte nur ganz kurz einen Punkt nennen, der mir auch fehlt, der mir zu wenig in dem Bericht vorgekommen ist, das ist das Stadtgrün. Hier werden zwar die interkulturellen Gärten, völlig richtig, angesprochen – wir haben zwanzig Stück davon, achtzig gibt es in Deutschland –, da ist Berlin Vorreiter. Aber die Frage des Stadtgärtnerns, der urban agriculture geht ja weiter. Das sind Bereiche, die einen viel größeren Rahmen abdecken. Die Frage, wie wir uns zukünftig ernähren wollen, wie wir unser Gemüse gegebenenfalls in der Stadt produzieren – das sind ja Bewegungen, die in vielen Städten schon Formen angenommen haben, wie in München zum Beispiel, wo Flächen dafür ausgewiesen werden –, das fehlt hier drin. Hier ist der interkulturelle Garten nur als Ort der Kommunikation und nicht als Ort der Produktion dargestellt.

Noch mal zurück zu dem Bereich Klimaschutz, energetische Sanierung und Umgestaltung: Wir sind der Meinung, dass wir bei all den Maßnahmen und Bauten, die jetzt umgesetzt werden, dringend eine Qualitätssicherung benötigen. Wir brauchen ein Monitoring über das, was wir gemacht haben. Wir setzen bestimmte Projekte in die Welt, sie werden aber hinterher nicht überprüft. Ein ganz kleines Beispiel: Es gibt jetzt gerade ein Forschungsprojekt „kleine Windkraftanlagen“, eine schöne Sache. In der Zeitung stand, dass es so etwas in Berlin noch nicht gibt. Vor fünfzehn Jahren wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung so eine kleine Anlage in der Berliner Straße 88 in Zehlendorf auf ein ökologisches Projekt gesetzt, und seit sechzehn Jahren läuft diese Anlage – es weiß nur niemand mehr, sie wird von niemandem gepflegt, es gibt kein Monitoring über solche Projekte. Das ist nur ein ganz kleines Beispiel dafür, dass wir häufig gar nicht wissen, was wir für gute Sachen getan haben und das auswerten für zukünftige Dinge.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen herzlichen Dank für diese ersten Statements! Jetzt haben wir zunächst zwei Wortmeldungen. Herr Ziller hat sich als erstes gemeldet. – Bitte schön!

Stefan Ziller (Grüne): Vielen Dank an Sie alle für die Einschätzung des Berichts! Ich glaube, das war ganz eindrucksvoll. Ich habe trotzdem noch einige Fragen zu zwei Bereichen, der Bilanz und dem Rückblick. Dann will ich versuchen, dass wir stärker in Richtung Diskussion kommen, wie wir weitermachen können. Aber trotzdem noch mal zum Rückblick. Mich würde interessieren, da wir Frau Senatorin Lompscher extra eingeladen haben, wie sie in die Berichtsentwicklung eingebunden war, wie Sie den Prozess in ihrer Verwaltung einschätzt und gestaltet. Gibt es zum Beispiel Fortbildungen für Mitarbeiterinnen, was Nachhaltigkeit ist? Was haben Sie seit dem Bericht gemacht, dass wirklich in jedem Kopf Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedanke drin ist? Denn unsere zuständige Senatorin Junge-Reyer sagt uns immer, das sei in der Berliner Verwaltung überall angekommen. Deswegen die Frage: Wie ist das bei Ihnen im Haus?

Und eine ähnliche Frage hätte ich auch in Richtung Bezirke, wo sie vielleicht, um dann gleich in Richtung Zukunft zu diskutieren, noch Unterstützung brauchen, auch in Richtung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Fortbildungsbedarf, wie Sie das einschätzen, denn es ist ja ganz natürlich, dass nicht jeder alles kann. Wenn die Ausbildung oder das Studium lange zurückliegt, dann braucht man da auch Unterstützung. Das würde mich interessieren.

Und vielleicht können Sie noch mal erklären, warum die Beteiligung der Bezirke zu so großer Verzögerung bei dem Bericht geführt hat. Denn das war eine Begründung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zu der Verzögerung des Berichts, dass die intensive Einbindung der Bezirke dazu geführt hat, dass man länger

gebraucht hat. Vielleicht können Sie das noch mal erklären, was da in den Bezirken so lange gedauert hat oder wie das zustande gekommen ist.

Dann einige Fragen zu den Berichten. Ich finde, man kann über die Indikatoren reden, und man kann ja da sagen, 63 oder wie auch immer sind zu viel und man macht da weniger. Mich würde interessieren, wie der Prozess gelaufen ist dieser Reduzierung. Wer wurde da beteiligt? Denn die 63 oder der damalige Beschluss der Agenda war ja ein jahrelanger Aushandlungsprozess. Welche Indikatoren nimmt man da rein? Mein Gefühl, das mit einem Federstrich, weil man gerade irgendwie meint, das passt jetzt nicht, zurechtzustreichen, hielte ich für nicht angemessen. Vielleicht können Sie mich aufklären und sagen, wie Sie die Akteure in angemessener Weise beteiligt haben, die die Indikatoren damals benannt haben. Haben Sie sich an der Bundesregierung orientiert, die meines Wissens 21 hat? Wie kommt man jetzt zu der Berliner Zahl? Macht es Sinn, dass jeder andere Indikatoren nimmt? Oder macht es nicht Sinn, im Sinne einer kohärenten Berichterstattung sich da an Gegebenes anzupassen? – Und dann noch eine Frage zum Bericht: Warum haben Sie denn zu keinem der Indikatoren Zahlen drin? Man kann ja sagen, die alten Indikatoren will ich nicht mehr, ich nehme jetzt neue. Ich hätte mir gewünscht, da wären wenigstens zu einem der beiden Indikatorensätze irgendwelche Zahlen, um auch qualifizieren zu können, wie weit man kommt. Denn Text ist immer ganz schön, aber hilft uns am Ende nicht weiter. Insofern wäre das die Frage zu den Indikatoren. Ich glaube, dass wir da auch als Parlament noch mal – ich unterstelle mal, dass die Diskussion dazu noch zu wenig stattgefunden hat – darüber nachdenken, wie man vorankommt.

Ein letzter Punkt in der ersten Runde – politische Verantwortung –: Mein Eindruck ist – das haben die Beiträge sehr deutlich gezeigt –, dass ein Prozess wie Nachhaltigkeit – er wurde ja intensiv dargestellt – nicht funktioniert, dass man den nicht ohne irgendeine politische Steuerung machen kann und dass es auch nicht ausreicht zu sagen, das Statistische Landesamt soll alle zwei oder fünf Jahre, wie auch immer, mal Zahlen liefern, und wir beschäftigen uns gar nicht damit. Es ist eine politische Verantwortung notwendig. Wir hatten die Diskussion mit Ihnen zum Programm „Aktionsräume plus“. Da hat man auch eindrucksvoll gesehen, wie notwendig es ist, gemeinsam als Senat oder auch als Regierung zu steuern und nicht alles vor sich hinlaufen zu lassen. Deswegen auch noch mal die Frage an Sie alle, wie Sie das einschätzen. Kommen wir um eine politische Steuerung herum? Muss die beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt sein oder bei zwei Senatsverwaltungen, die sich auch mit dem Thema befassen? Macht es Sinn, das vielleicht doch bei ihnen noch mal intensiver anzudocken? Es wäre ganz wichtig, dass wir uns da auf etwas verständigen. Vielleicht können Sie, Frau Nolting, das noch mal ein bisschen im bundespolitischen Kontext einordnen. Denn die Bundesregierung hat das ja, wie ich finde, recht clever gemacht. Die haben gesagt, die Zahlen liefert das Statistische Bundesamt, aber es gibt eine politische Antwort, und es gibt zumindest eine Bewertung der Zahlen von der politischen Seite. Wäre das nicht ein Weg, den man auch in Berlin gehen könnte, um zu verhindern, dass das völlig ausgelagert wird? – Das wären erst einmal meine Fragen.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Ziller! – Wir machen ja jetzt eine erste Runde, in der wir die Fragen sammeln, und dann sind die Anzuhörenden noch mal dran. – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst mein Dank an die drei Anzuhörenden! Ich denke, trotz der kritischen Worte, die Sie gefunden haben – einige von Ihnen zumindest, einer war ja auch an der Erstellung dessen, was das Parlament hier beschlossen hat, sehr intensiv beteiligt und hat das überhaupt erst ermöglicht, das muss man auch mal ganz klar so sagen –, ist es gut, dass wir uns heute mal wieder als zentraler Stadtentwicklungsausschuss für alle anderen dieses Thema mal etwas intensiver vornehmen und genau schauen, wie weit sind wir denn mit dem, was der Senat vorgelegt hat, mit dem, was wir uns selbst als Berliner Abgeordnetenhaus an Vorgaben gemacht haben, auch an Zielen gesteckt haben, an Maßnahmenkatalogen schon entworfen haben, wo stehen wir da und wo können wir dahinkommen. Ich hoffe mal, dass bei allen Anwesenden im Raum an der Notwendigkeit, etwas für den Klimaschutz zu tun angesichts der letzten IPCC-Berichte vom Weltklimarat – Prof. Rogall hat es angesprochen –, nicht mehr gezweifelt wird. Wenn man sich anschaut, dass die Dramatik und Notwendigkeit eigentlich jeden Tag zunimmt – da braucht man nur mal Fernsehen zu gucken –, neben dem, was sich jetzt schon klimatisch verändert, sieht man auch, dass bei der Nutzung von fossilen Rohstoffen die Probleme, die daran hängen, nicht wirklich beherrschbar sind. Und wenn man sich die Ölpest im Golf von Mexiko anschaut und die Probleme, die dort das Bohrloch von BP macht mit der untergegangenen Ölstation, sieht man, welche Techniken wir uns teilweise ausdenken – Tiefenbohrung von 1 500 Metern –, die wir dann aber, wenn irgendetwas Unvorhersehbares passiert, gar nicht mehr beherrschen können. Das ist so ähnlich wie mit der Atomenergie, aber das ist eine andere Diskussion.

Ich will zu unserem konkreten Bericht in Berlin kommen. Ich glaube, so kleine Dinge – und die Frage, die gestellt wurde, würde ich gern noch mal an die Senatsverwaltung wiederholen –, warum denn Agenda-Aktive nicht in Senatsverwaltungen tagen können, das sollten wir mal schnell erörtern und, ich hoffe, auch positiv erledigen können. Das ist erst mal für mich nicht nachvollziehbar.

Dann die Frage nach der Anzahl der Kernindikatoren. Ich glaube, dass es an sich nicht verkehrt sein muss, wenn man sich zum Beispiel auf dieses Zwölferkonstrukt beschränkt, weil aus meiner Sicht nicht die Anzahl der Indikatoren relevant ist, sondern das, was dahinter steht und wie weit es gelebt wird, dass ich etwas erfasse, dass ich daraus etwas tue. Ob es nun die 12 sein müssen oder ob man vielleicht noch nach einer Diskussion jetzt, auch nach der Anhörung heute etwas ändern soll, ist die Frage. Ich würde Sie alle drei noch mal fragen: Gibt es aus Ihrer Sicht, ein, zwei, ich sage mal, eine übersichtliche Zahl von Indikatoren, die hier zwingend fehlen? Sollen wir diese 12 Indikatoren zum Beispiel auf 13, 14, 15 erweitern? Was würden Sie vorschlagen? Haben Sie konkrete Vorschläge?

Dann zu dem, was wir aus den Bezirken hören – darum haben wir ja auch den Bezirk Steglitz-Zehlendorf eingeladen –: Wir sehen einen großen Vorteil und auch einen großen Nachteil der Lokalen Agenda hier im

Land Berlin. Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses haben wir ein großes Konzept für diese Stadt aufgestellt. Wir sehen in der Praxis, dass Bezirke vorher und auch seitdem sehr aktiv sind, jedoch nur einige – Steglitz-Zehlendorf ist dort ein wirklich leuchtendes Beispiel genauso wie aus meiner Sicht der Bezirk Trepow-Köpenick, wenn man sich die Agenda-Aktivitäten anschaut, auch in weiten Teilen in Pankow –, in anderen Bezirken passiert wenig bis teilweise überhaupt nichts. Herr Schrage-Aden, Sie haben gesagt, wir brauchen da gesetzliche Vorgaben usw. Das hört sich gut an, aber die Frage ist, wird dann wirklich was gemacht? Gerade bei einer Lokalen Agenda – global denken, lokal handeln – muss ja auch was von der Ebene vor Ort kommen. Wie können wir allein das schaffen, dass sich zum Beispiel alle Bezirke wirklich engagieren? Haben Sie da heiße Tipps? Muss es da auch die politischen Impulse aus dem Bezirksamt geben? Haben Sie so viele Bürgerinitiativen, die Sie dazu getrieben haben? Welche Erfahrungen haben Sie da gemacht? Wie erklären Sie sich, dass eben leider andere Bezirke teilweise gar nichts tun?

Zu unserem Abgeordnetenhausbeschluss und den Themenbereichen: Ich glaube, dass wir an einigen Stellen deutlich besser und weiter sind als das, was man dem Agenda-Bericht des Senats entnehmen kann. Wenn wir uns allein den Bereich Umweltschutz/Klima vergegenwärtigen: Wir haben dort Stadtentwicklungspläne – einige neuer, einige älter – zum Beispiel zum Bereich Gewerbe, zum Bereich Ver- und Entsorgung, zum Bereich Zentrenentwicklung, zum Bereich Verkehr – StEP Verkehr ist gerade 2.0 in der Erarbeitung –, Anfang nächsten Jahren zum Stadtentwicklungsplan Klima, Anpassung an den Klimawandel in der Stadt. Das passiert alles. Da steht aber nicht oben drüber „Lokale Agenda 21:“, das muss man sich an der Stelle einfach vergegenwärtigen. Ob das pfiffig ist oder nicht, mag jeder für sich entscheiden. Dann ist auch ein Demografiekonzept – auch ein wichtiger Bestandteil einer Lokalen Agenda – von der Stadtentwicklungsverwaltung vorgelegt worden, genauso wie ein Konzept für selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Wir haben auch einen Klimaschutzrat. Der heißt halt nicht Zukunftsrat, aber der ist auch da, sollte man auch berücksichtigen.

Herr Schrage-Aden, Sie haben das Windrad angesprochen. Ich wusste nicht, dass es das schon so lange gibt. Ich hätte nämlich vor kurzem eine Anfrage an den Senat gestellt, und da wurde auch nur das eine neue, 2010 errichtete genannt. Das zeigt, dass da oftmals auch die Informationen fehlen. Auch, wenn man sich den gesamten Bereich „Soziale Stadt“ anschaut, Quartiersmanagement, „Aktionsräume plus“ – Kollege Ziller hat es angesprochen –: Das ist für mich auch ein wichtiger Bestandteil aus dem Set Soziales für eine Lokale Agenda, heißt aber bei uns nicht so, findet aber trotzdem statt. Die Frage ist: Müssen wir da noch ein großes Überdach schaffen? Ich teile nur zum Teil die Annahme von Herrn Schrage-Aden, dass wir einen gesetzlichen Überbau brauchten. Das hört sich zwar gut an, aber wenn wir uns zum Beispiel das Berliner Energiespargesetz anschauen, da gibt es auch einige Paragraphen, wo ich mir wünschen würde, dass sie täglich umgesetzt werden – werden sie aber nicht. Was Berichterstattung, was auch Vorgaben für Bauten angeht und andere Dinge: Wir werden hoffentlich in Kürze, noch in dieser Legislaturperiode ein Klimaschutzgesetz verabschieden, wo wir dann Sachen in aktueller Form aufnehmen können.

Mal ein Beispiel zu dem, was wir gerade diskutieren, was öffentliche Beschaffung angeht: Da geht es um viel, viel Geld nicht bloß beim Strom, sondern bei allem, was öffentlich gekauft wird. Das Berliner Vergabegesetz, der neue Entwurf des Senats sieht dort einige Punkte vor. Wir werden als Koalition zum Beispiel den Paragraphen 7 zur umweltfreundlichen Beschaffung noch stärker, noch schärfer, noch klarer fassen – Stichwort: vollständige Lebenszykluskosten –. Herr Czaja, Sie schauen so kritisch. Ich bin auf Ihren Fraktionsbeitrag gespannt, weil sich sowohl die CDU als auch die FDP eigentlich bisher komplett aus dem Agenda-Prozess herausgehalten haben. Wir werden auch schauen, wie Sie abstimmen, wenn wir hier zum Vergabegesetz konkrete Gesetzesanträge vorlegen. In einer Woche können Sie sich im Umweltausschuss bekennen. Zum Beispiel wollen wir vollständige Lebenszykluskosten, Betriebskosten, Energiekosten über den gesamten Lebensverbrauch eines Produktes einkalkulieren vor dem Kauf und da mal eine Abschätzung machen und zum Beispiel auch überlegen, was die Energiekosten angeht, verbindlichere Festlegung in einer Ausführungsvorschrift des Senats, von welcher Energiepreisentwicklung geht man eigentlich so die nächsten fünf bis zehn Jahre aus. Das macht bisher jede Verwaltung für sich oder setzt einfach mal null Prozent Steigerung für zehn Jahre an, weil es sich einfacher rechnet. Man geht von gar keiner Steigerung ausgeht, das halte ich für sehr unrealistisch. Für die zukünftige Diskussion der Appell an Ihre Fraktion Herr Czaja: Wir wünschen uns, dass Sie mitmachen, dass Sie da aktiver werden. Denn bisher müssen das – das ist erwähnt worden – drei Fraktionen alleine schultern, das sind die SPD, Die Linke und die Grünen. CDU und FDP halten sich

heraus. Vielleicht können Sie uns heute noch wegweisende Hinweise geben, wie Sie sich da demnächst wieder aktiv einbringen wollen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Frau Platta, bitte!

Marion Platta (Linksfraktion): Vielen Dank auch von unserer Seite an die Anzuhörenden! Ihre mahnenden Worte, aber auch Ihre Hinweise, wie man den Prozess jetzt weiter entwickeln kann, waren sehr nützlich. Ich denke, dass all diejenigen, die sich mit dem Agenda-Prozess schon in den vergangenen Jahren beschäftigt haben, auch gespürt haben, dass in Berlin eher ein schlafender Drache haust als jetzt nun jemand, der die Sache wirklich voranbringt.

Ich habe mehrere Fragen gerade auch an den Bezirksvertreter. Sie hatten uns heute in der Tischvorlage den Brief mit den fünf Fragen aus der Senatsverwaltung mitgeschickt und daran auch gleich Ihr zukünftiges Papier mit ebenfalls wieder Indikatoren, die Sie auch Handlungsfelder nennen – in dem Fall sind es 16. Mich würde interessieren, wie Sie zu diesen Handlungsfeldern gekommen sind, wie Sie das im Bezirk diskutiert haben und wie Sie jetzt mit den 12 vorgeschlagenen Kernindikatoren aus der Vorlage des Senats umgehen wollen.

Mich interessiert weiterhin, welche Anstrengungen Sie unternehmen, um die Bürger in den Prozessen mitzunehmen. Mich interessiert auch, wenn Sie jetzt vorschlagen, dass eine engere Verknüpfung innerhalb der Bezirksebene, also jetzt auch mit den Nachbarbezirken stattfinden soll, wie Sie diesen Prozess vielleicht schon angedacht haben, ob es vielleicht auch eine Möglichkeit gibt, von der Verwaltung her auf den bezirklichen Ebenen solche Runden-Tisch-Gespräche einzuführen und ob das schon auf Zustimmung auch in Nachbarbezirken gestoßen ist.

Meine Frage an die Senatsverwaltung geht in die Richtung: Wenn jetzt mit der Vorlage 12 Kernindikatoren vorgeschlagen werden, hätte ich allerdings auch erwartet, dass man sich mit diesen Kernindikatoren auseinandersetzt. Ich hätte gern gewusst, wo Berlin bei jedem einzelnen dieser Kernindikatoren gegenwärtig steht, wo Berlin 2006 stand, als die Lokale Agenda aufgestellt wurde, und welche Zielsetzung es in jedem einzelnen dieser Kernindikatoren jetzt gibt. Sie kennen sicherlich den Bericht auf Bundesebene, den Indikatorenbericht 2008. Er hat am Ende auch ein Statuspapier anhand einer Wetterkarte, nenne ich es mal. Von Sonnenschein bis Gewitterwolke ist dort alles vorhanden. Mich interessiert, wie diese einzelnen Kernindikatoren, die Sie jetzt aufgestellt haben, dort einzuordnen sind.

Von Interesse ist für mich auch Folgendes: Wenn man sich Papiere der Lokalen Agenda aus anderen Städten und Ländern anschaut, dann geht man davon aus, dass es inzwischen in dem Agenda-Prozess auch eine Weiterentwicklung bei der Nachhaltigkeitseinstufung gegeben hat. Man spricht heute eigentlich nicht mehr nur über soziales, ökologisches und wirtschaftliches Einordnen von irgendwelchen Indikatoren, sondern man hat noch die vierte Dimension, nämlich Partizipation, auch Institutionelles genannt. Hier würde mich interessieren, wie Berlin zu dieser vierten Dimension steht und ob es nicht sinnvoll ist, gerade da wir in Berlin auch solche Prozesse wie Bürgerhaushalt, Bürgerkommune vorantreiben, auch da diese vierte Dimension stärker zu berücksichtigen. – Vielleicht so weit zum Anfang.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Herr Kollege Wilke, bitte!

Carsten Wilke (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Herr Kollege Buchholz! Ich habe Ihren Appell sehr aufmerksam gehört. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Sie schon einen neuen Koalitionspartner suchen, wenn Sie es so sehr wünschen, dass wir in diesem Prozess mitmachen. Man fragt sich eben nur, wobei eigentlich mitmachen. Denn das, was uns hier vorliegt, ist ja mehr oder weniger so ein Katalog von Überschriften und ein paar Internetadressen, aber da sind keine konkreten Handlungsansätze erkennbar. Da gibt es einen Punkt „20 grüne Hauptwege, interkulturelle und Hofgärten“ – und im Grunde war es das eigentlich schon an Konkretem, was dort drinsteht. Da fragt man sich natürlich: Was ist das, was kann man damit anfassen, was uns hier vorliegt? Was kann jemand, der so etwas liest, dem entnehmen, was das Land Berlin geneigt ist zu tun im lokalen Agenda-Prozess? – Relativ wenig wird er daraus lesen können.

Herr Prof. Rogall hat ja dargestellt – das war eine vorsichtige Kritik –, dass die Arbeitsgruppe nicht eingerichtet wurde, die Berichtspflicht verletzt wurde – klar, die hat das Abgeordnetenhaus ja auch schon bemängelt – und die Einbindung der Bürgergesellschaft mangelhaft war – ich weiß nicht, ob damit zum Beispiel diese Bürgerhaushalte gemeint sind, die in dieser Vorlage stehen. Ich kann Ihnen das mal aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf berichten – ich kann mir vorstellen, in anderen Bezirken wird es nicht viel anders sein –: Da gibt es Stadtteilszentrenveranstaltungen unter dem Stichwort „Bürgerhaushalt“. Da kommen Bürger hin und können sich in einem Wunschkonzert äußern, was sie gern wollen, wie sie Plätze gestaltet haben wollen, wie sie dies und jenes verändert haben wollen. Das sind teilweise sehr sinnvolle Vorstellungen, die die Bürger dort haben. Die Bezirksbürgermeisterin ist auch meistens anwesend und sagt, das geht aber nicht, weil wir kein Geld dafür im Haushalt haben. Dann ist die Veranstaltung beendet unter dem Stichwort „Bürgerhaushalte“. Was soll so was, fragt man sich da. Und dann spricht Herr Prof. Rogall von vertanen Chancen. Was ich aber nicht herausgehört habe, und vielleicht können die anderen beiden Anzuhörenden dazu auch noch mal etwas Grundsätzliches sagen – ich danke übrigens auch für die Ausführungen, die bisher gekommen sind –: Wie bewerten Sie denn Inhalt und Qualität dessen, was uns hier konkret vom Senat vorliegt? Das würde mich an der Stelle mal interessieren.

Und dann hätte ich eine weitere Frage an Prof. Rogall: Die Bezirke waren ja mehrfach angesprochen, sie sind lt. Senat der Hinderungsgrund dessen, warum man hier nicht relativ fristgemäß vorlegen konnte. Man fragt sich überhaupt bei diesen Ausführungen, warum das nicht möglich gewesen ist; denn das, was hier drin steht, hat wenig damit zu tun, dass Bezirke möglicherweise Berichte zurückgehalten oder nicht abgegeben haben, denn da steht über die Bezirke relativ wenig. Aber mal einen ganz kurzen Überblick, Herr Prof. Rogall, wie die 12 Bezirke hier in Berlin aufgestellt sind zum Lokalen-Agenda-21-Geschehen: Wer sind die fleißigen Bezirke? Wer sind die weniger fleißigen Bezirke, und wie lässt sich das möglicherweise verbessern? Wie lässt sich das in Zukunft auch ein bisschen besser mit der Senatsverwaltung abstimmen? Das wäre ganz interessant, wenn Sie das hier darstellen könnten.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Zum Abschluss in der ersten Runde heute als Gast Frau Kubala – sozusagen meine „Ausschussvorsitzendenschwester“ des hier mit betroffenen Ausschusses: Herzlich willkommen! Sie haben das Wort, und dann geben wir das Wort zurück an die Anzuhörenden für diese erste Runde. – Bitte schön!

Felicitas Kubala (Grüne): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben die Einladung als Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sehr spät, erst letzten Freitag erhalten. Ich hätte es begrüßt, wenn wir uns frühzeitig hier auch hätten einbringen können. Das hätte vielleicht dann auch mehrere bewegt, hierher zu kommen und dem Thema zu lauschen, und nicht nur unser Ausschuss, sondern durchaus auch Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss und viele andere Ausschüsse; denn „Lokale Agenda“ ist ja wie kein anderes Thema ein Querschnittsthema. Deswegen hätte ich mir durchaus gewünscht, dass wir das Thema ein bisschen breiter, im Rahmen einer größeren parlamentarischen Anhörung hier behandeln, zumindest auch aus Respekt vor den Menschen, die seit bald 20 Jahren an dem Thema arbeiten. Denn seit 1992, mit der UN-Konferenz, wurde das auf den Weg gebracht, und in den 20 Jahren ist da auch viel passiert. Ich darf hinzufügen, dass wir auch als Parlament hier in zwei Enquetekommissionen an dem Thema „Zukunftsfähiges Berlin“ gearbeitet haben. Da sind auch die Ergebnisse eingeflossen. Da war ja auch Herr Prof. Dr. Rogall hier im Abgeordnetenhaus und hat das im Parlament sehr aktiv mitbetrieben.

Heute beraten wir nun den ersten Bericht zur Agenda, und wir können da sicher einige Sachen festhalten. Das eine ist erst einmal die Frage Querschnitt. Sind alle Politikbereiche mitgenommen? Ist es ein Leitbild geworden für die ganze Verwaltung, für die ganze Politik, für alle Politikfelder? Da kann man sicher konstatieren: ist es nicht! Die Zukunftsfähigkeit, die Nachhaltigkeit der Politik, von Verwaltungshandeln, von allem Handeln, wie wir uns das, 1992 mit der Konferenz von Rio gewünscht haben, hat sich ganz sicher so leider nicht umsetzen lassen. Auch dass wir heute nur die Senatorin für Stadtentwicklung und die für Gesundheit und Umweltschutz hier haben, zeigt schon, dass das Thema weitestgehend im Bereich der Stadtentwicklung und des Umweltschutzes hängen geblieben ist, das muss man auch mal so konstatieren. Bereiche wie Bildung, Wirtschaft, Soziales und Inneres haben sich nicht gleichermaßen diesem Leitbild anschließen wollen. Das ist eine sehr bedauerliche Entwicklung, und das wäre durchaus auch noch mal eine Überlegung: Wie kann man das in der Zukunft schaffen – das war auch eine zentrale Forderung –, diese Bereiche

alle zusammenzuführen, die Nachhaltigkeit zum Querschnittsthema zu machen. Das ist uns nicht so gelungen. Das mussten wir zuletzt auch bei der Haushaltsplanaufstellung 2009/2010 sehen. Einen nachhaltigen Haushalt auf den Weg zu bringen, ist uns so auch nicht gelungen.

Was uns durchaus gelungen ist – und da würde ich Ihre Einschätzung bzw. Ihre Sichtweise gern auch noch mal hören –, ist diese Nachhaltigkeitsdebatte, die wir seit bald 20 Jahren führen, durch die Rio-Konferenz angeschoben, die durchaus schon den Gedanken der Zukunftsfähigkeit gebracht hat, sich langfristiger Ziele zu setzen. Meine Wahrnehmung ist, seitdem ich Politik mache, dass es jetzt doch gelingt – nicht zuletzt auch durch Fragen des Klimaschutzes oder Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft. Da geht es immer darum, sich Ziele zu setzen: bis 2020, bis 2050. Ich begrüße es ausdrücklich, dass man sich heute Gedanken macht, auch wenn man in der Zukunft das dann nicht mehr politisch mitgestalten darf, wie Nachhaltigkeit in der Zukunft aussehen und unsere zukünftige Generation betreffen kann. Diese Nachhaltigkeitsdebatte hat aus meiner Sicht auch mit betrieben, dass sich in der Politik langfristig Ziele gesetzt werden.

Ich muss Sie aber korrigieren: Herr Buchholz, die Lokale Agenda ist kein Klimaschutzprogramm und, Herr Wilke, auch kein Bezirksprogramm! Die Verantwortung liegt nicht bei den Bezirken allein, auch wenn man hier festhalten muss, dass sich die Aktiven auf der lokalen Ebene – das ist ja auch dem Verständnis der Agenda nach so zutreffend – zusammenschließen. Die Agenda-Gruppen sind in der Regel auch auf bezirklicher Ebene entstanden, und da ist in der Regel auch noch das größte Engagement, was ja auch die Power in den ganzen Prozess bringt. Aber es ist kein Klimaschutzprogramm und auch kein Bezirksprogramm; es sollte ein Gesellschaftsprogramm werden, also ein Leitbild für die Landespolitik insgesamt, das hat Herr Prof. Rogall auch richtig gesagt.

Jetzt meine ganz konkreten Fragen: Neben der Einschätzung der Nachhaltigkeit, die ich von Ihnen gern noch mal hören würde, interessiert mich, wie Sie die langfristige Zielformulierung in Politikbereichen sehen. Sie haben angedeutet, was in der Zukunft zu tun ist. Das wäre zum einen das Zusammenführen durchaus vieler guter Projekte und die Bewertung der Projekte unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Also das sind ja Projekte, die aufgeführt werden. Es sind Einzelprojekte, das ist richtig, aber sie werden eben hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit auch nicht durchleuchtet, auch wenn das im Einzelfall für den Gesamtprozess sehr hilfreich wäre. Wie kann man diese Zusammenführung gestalten, wie kann man es übersichtlicher machen, wie kann man Entwicklungen aufzeigen, damit dann auch das Leitbild der Nachhaltigkeit als Ergebnis herauskommt?

Das Zweite wäre noch mal die Indikatorenfrage: Ich habe es in dem Agenda-Prozess immer begrüßt, wenn man sehr konkret Zahlen bis hin zu quantitativen Vorgaben macht – mein Kollege Ziller hat es angesprochen. Das ist leider in dem Prozess verlorengegangen. Aus der Enquetekommission im Abgeordnetenhaus heraus haben wir auch quantitative Vorgaben gemacht. Wie halten Sie es mit den Zahlen, mit der Fortschreibung, mit der Vergleichbarkeit, letztendlich auch wirklich von quantitativen Vorgaben?

Ein Drittes: Wie kann man flexibel auf innovative Prozesse reagieren? Wie sehen durchaus, dass es da einige Entwicklungen in den letzten 20 Jahren gibt. – Der Prozess ist ja ein langfristiger, das mussten wir in fast 20 Jahren alle lernen. Für die Ungeduldigen geht er natürlich viel zu langsam, aber Stück für Stück, bewegt sich was. – Aber wie kann man neue Entwicklung, als Stichwort fiel „Green Economy“, eigentlich in so ein System implementieren, dass es dem auch noch mal ein bisschen mehr neue Dynamik verleihen kann, dass man diese neuen Entwicklungen und diese Diskussion auch aufnimmt?

Eine weitere Frage ist die der Infrastruktur. Was ist bereitzustellen, um dem Prozess jetzt auch noch mal in der Umsetzung etwas Dynamik zu geben? Sie sprachen die Leitstelle an, aber vielleicht haben Sie noch eine Idee ganz neuer Infrastruktur, um so einen Agenda-Prozess, um so einen Nachhaltigkeitsprozess zu fördern?

Und zum Abschluss – Sie sprachen es an, Herr Prof. Rogall – die Frage nach der gesetzlichen Grundlage. Was, meinen Sie, braucht es an gesetzlicher Grundlage, um auch den Agenda-Prozess auf eine Ebene, auf feste Beine zu stellen, und ihn gewissermaßen dann auch regelmäßig fortschreiben zu können? Denn das ist es ja auch, was wir als Politiker und Politikerinnen auf den Weg bringen können.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank! – Das Wort geht wieder an die Anzuhörenden. Herr Rogall, wollen Sie anfangen?

Dr. Holger Rogall (Berlin 21 e. V.): Das ist ja eine große Fülle an Fragen. Ich bemühe mich, das bis zum Ende der Veranstaltung hinzukriegen. – Herr Ziller hat gefragt, warum das eigentlich so lange gedauert hat. Ich möchte das wiederholen, was ich hier ausgeführt habe: Es gibt zwei ganz zentrale Dinge, die man dem Senat vorwerfen muss, die die Grundlage dafür sind. Am Rande von Abgeordnetenhausausschusssitzungen ist mir damals, 2006, gesagt worden: „Wissen Sie, dass Sie das fertig bekommen, das haben wir in der Verwaltung für unmöglich angesehen.“ Wir erinnern uns: Es war ja so, dass die Bürgergesellschaft einen Agenda-Entwurf vorgelegt hatte, und da ist vom Senat vorgeschlagen worden, das zu den Akten zu nehmen und nicht weiter im Abgeordnetenhaus zu behandeln. Das haben damals die Fraktionen der SPD und der Linken abgelehnt und haben dann mit eigenen Bordmitteln, aus dem Entwurf die Agenda erstellt, die dann auch verabschiedet worden ist. Der Senat hat dann nach der Einschätzung, das schaffen die nicht, die Verblüffung, haben sie doch geschafft, aber jetzt sind sie ja weg, recht gehabt mit dieser Einschätzung, dass nämlich dann, wenn Autoren eines wichtigen Werkes verschwinden, sich oft eine Lücke auftut, die andere dann nicht füllen wollen. Und wenn das eine Verwaltung bemerkt, dann heißt es einfach, das ist nicht mehr in der Dringlichkeit, wie die Beschlusslage aussieht. Und so haben die Senatsverwaltungen in den ersten Jahren faktisch nichts zu dem Beschluss getan. Sie haben kein Berichtssystem aufgebaut, sie haben keine koordinierende Stelle aufgebaut, sie haben keine Mitarbeiter angewiesen, ab heute beginnt dieser Prozess, und du bist zuständig, du koordinierst das, und du sorgst dafür, dass der Bericht zeitnah erstellt wird, sondern man hat überhaupt erst angefangen darüber nachzudenken, wie man dann so einen Bericht erstellen könne, als die Berichtspflicht nahe war. Und das war natürlich klar, dass das in der Zeit gar nicht zu erstellen ist, das muss doch jedem deutlich sein. Es ist eben nicht zur Leitlinie der Landespolitik geworden. Das war mein Ausrufezeichen vorhin, und das kann ich an dieser Stelle hier nur unterstreichen. Wenn der Beschluss umgesetzt worden wäre, wäre der Bericht auch zeitnah vorgelegt worden. Das nun auf die Bezirke zu schieben, das müssen Sie nach meinen Ausführungen jetzt selbst beurteilen, wie ernst man das nehmen kann.

Besonders dankbar bin ich über die Fragestellungen und Ausführungen von Herrn Buchholz. Er hat nämlich das zentrale Thema des Klimaschutzes noch mal thematisiert. Ich kann nur sagen, Herr Buchholz: Berlin hat eine Tradition der verpassten Chance in diesem Bereich. Man muss sich mal vorstellen: Im Jahr 1995 – das ist nun wirklich schon ganz schön lange her – war es Berlin, das weltweit die erste Nutzungspflicht für erneuerbare Energien gesetzlich verabschiedet hat. Deshalb zur Frage, wie wir das gesetzlich fixieren: Ich bin da ein bisschen skeptisch geworden; denn ich meine, das ist seit 1995 bis heute gesetzliche Verpflichtung und ist nur nicht umgesetzt worden in Form der Verordnung. Erst – das muss man sich vorstellen – weil Barcelona das aufgenommen hat und dann Spanien und Portugal, ist es dann nicht etwa von Berlin, sondern von Spanien und Portugal in den Bund nach Deutschland gekommen. Die Berliner Idee ist dann im Bund für Neubauten umgesetzt worden. Deshalb wäre es dringend notwendig, dass das Land Berlin – – Ich kann Ihnen mal sagen, alle die sich draußen mit Energie beschäftigen – die einen bekämpfen das aus Partikularinteressen, wie sie können, und die anderen warten seit Jahren, dass Sie mit dem Klimaschutzgesetz eine Nutzungspflicht auch für den Bestand vorsehen. Denn wir wissen ja alle, wie wenig neu gebaut wird. Wir müssen an den Bestand ran, sonst können wir alle Klimaschutzziele, die wir in der EU und in Deutschland verabschiedet haben, in einen Papierkorb schmeißen, weil das sonst einfach nicht umsetzen ist.

Berlin hat nicht nur an der Stelle eine Tradition der verpassten Chancen, sondern man muss sich mal vorstellen, dass Berlin als Land der Bundesrepublik Deutschland Bundesrecht nicht umsetzt – das ist so. Die Einhaltung der EnEV wird in Berlin nicht überprüft und nicht sanktioniert. Das ist ein dolles Ding. Wenn ein EU-Staat das machen würde, würde dieser Staat sofort vom Europäischen Gerichtshof verklagt werden und würde massiv Strafe zahlen müssen. Das passiert dem Land Berlin nicht.

Es ist auch vielen, glaube ich, nicht ausreichend klar, dass wir aus dem fossilen Zeitalter aussteigen müssen. Es geht nicht mehr um eine Reduzierung um 40 oder 60 Prozent, sondern es ist so, dass uns früher nicht so klar war, wie lange die Treibhausgase in der Atmosphäre verbleiben. Ich mache darauf aufmerksam, dass CO₂ 2000 Jahre in der Atmosphäre bleibt. Deswegen können wir nicht jährlich immer weiter emittieren, sondern wir haben eine Gesamtmenge, so viel können wir noch emittieren, und dann ist Schluss. Das heißt, wir müssen aus dem fossilen Zeitalter austreten, und da hat man bei vielen, jedenfalls von draußen, ich weiß ja, wie schwierig das drinnen aussieht, aber von draußen hat man den Eindruck, dass manche Entwicklungen in der Wissenschaft, die heute überall anerkannt sind, nicht ausreichend aufgenommen und die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Zur politischen Verantwortung: Das scheint mir ganz klar zu sein. Berlin hätte eigentlich die gute Chance, Hauptstadt der Nachhaltigkeitsbewegung in Deutschland zu werden, zumal wir in ganz vielen Bereichen wissen, worum es geht. Aber wir nutzen diese Chance nicht. Das könnten wir machen, wenn erstens die Sprecher hier im Parlament es zu ihrer Aufgabe machen würden, die Wächterfunktion wahrzunehmen und beim Senat dafür zu sorgen, dass jemand, der das auch aus innerem Herzblut bereit ist, es zu seiner eigenen Sache zu machen, da die Koordinierung übernimmt.

Zur Frage der Bezirke kann ich nur eines sagen: Das wäre ein wenig ablenkend von der Zuständigkeit des Parlamentes hier, Ihre Eingriffsmöglichkeiten sind natürlich begrenzt. Aber die Möglichkeiten der Bezirke sind ja noch viel begrenzter. Die haben ja nicht mal die Rechtskompetenz einer normalen kleinen Kommune von 2000 Bürgern im Bundesgebiet, weil die Bezirke, das wissen Sie, eine ganze andere rechtliche Stellung haben.

Herr Buchholz beklagt, dass vieles nicht umgesetzt wird. Ich glaube, heute müssen sich Parlamentarier, und zwar nicht nur in Berlin, ihrer Wächterfunktion viel deutlicher im Klaren werden. Die Parlamente haben sich teilweise ein wenig „einlullen“ lassen. Das muss sich ändern.

Frau Platta hat über 12 Kernindikatoren gesprochen. Berlin 21 hat sich mit der Frage beschäftigt, und wir können nur sagen: 12 Kernindikatoren kommen uns zu gering vor. Wenn man Nachhaltigkeit in seiner Breite sieht, wie soll das mit 12 Indikatoren abgedeckt werden? Die Bundesregierung hat 21; es würde also einiges dafür sprechen, dass man die 21 der Bundesregierung nimmt, damit man das auch gut vergleichen kann, und zusätzlich vielleicht noch 9 berlinspezifische Indikatoren dazunimmt, dann wären wir bei 30. Das schien mir ein guter Kompromiss zwischen den 63 heute und den 12, die vorgeschlagen worden sind.

Frau Kubala hat viele wichtige Themen angesprochen, über die man jetzt noch mal Grundsatzausführungen machen müsste, was ich aber nicht kann. Ich bin skeptisch, wenn wir jetzt die Agenda 2006 nehmen und sie einfach zum Gesetz erklären würden. Da habe ich gesagt, wie das Berliner Energiespargesetz – das ist auch zum Gesetz gemacht worden und ist trotzdem nicht umgesetzt worden. Über die Solaranlagenverordnung habe ich schon Ausführungen gemacht, aber Sie haben ganz viele andere Teile. Das war auch die Begründung des Gesetzentwurfs des Senats von vor drei Jahren: Das streichen wir alles, denn das haben wir ja nie angewendet. Ich meine, eine größere Erklärung der Gesetzeskonformität kann man ja gar nicht geben, als wenn man als Senat erklärt, das hätte man einfach nie gemacht. Also ich glaube, es geht eher von der Dynamik von Ihnen aus.

Dazu habe ich noch einen Vorschlag zu machen, der mir hier erst eingefallen ist. Wir haben mit Herrn Gaebler und Herrn Buchholz zwei relativ machtvolle Parlamentarier unter uns, und zu diskutieren wäre mal, ob nicht eine Art Extra-Ausschuss im Parlament eingerichtet werden könnte. Denn Ihr Problem besteht nach meiner Erfahrung darin, dass Sie heute außerordentlich aufmerksam – jedenfalls Einzelne – zuhören und sagen, das ist eine wichtige Aufgabe. Dann gehen Sie an Ihre Postfächer, finden einen Stoß neuer Drucksachen

chen, und morgen denken Sie an die Agenda nicht mehr – das ist so. Dafür haben Erfahrene ein gewisses Verständnis, weil wir das partiell auch erlebt haben. Deshalb ist die Frage, ob man nicht eine Struktur schaffen muss, in der nicht nur beim Senat eine Verantwortung und Zuständigkeit in Permanenz liegt, sondern auch beim Parlament, dass sich das Parlament irgendein Gremium schafft, entweder beim Präsidenten oder einen extra Unterausschuss, in dem man nichts anderes auf der Tagesordnung hat. Es gibt hierfür ein Vorbild: Der Petitionsausschuss ist über alle Senatsressorts als Querschnitt übergeordnet. Warum soll man nicht so etwas Ähnliches für die Nachhaltigkeitsstrategie einrichten? – Ich mache an der Stelle mal Schluss.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Rogall! Als langjähriger Kollege können wir Ihrer Rede natürlich die verschiedensten Nuancen abgewinnen. – Ich habe jetzt ein zeitliches Problem. Die Kollegin Lompscher hat darum gebeten, um 11.45 Uhr gehen zu können. Wenn Sie einverstanden sind, hören wir deshalb zuerst Frau Lompscher. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Senatorin Katrin Lompscher (SenGesUmV): Auch auf die Gefahr hin, dass ich den Widerspruch zu meinen Äußerungen dann nicht mehr hören kann, will ich trotzdem offen, ehrlich und auch ein bisschen kritisch mit der bisherigen Diskussion umgehen. Erstens ist das Ergebnis der Enquetekommission und der Beschluss des Abgeordnetenhauses, wo die Palette der Nachhaltigkeit, die Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin aufgerissen worden ist, überhaupt nicht gering zu schätzen. Wenn man daraus aber die Schlussfolgerung ableitet – und das scheint mir jetzt hier ein bisschen so zu sein –, dass dieser Prozess neben allen anderen Prozessen, die Berlin so hat, fortgeführt und diese überwölben könnte, dann, glaube ich, gibt es ein gewisses Missverständnis. Denn wenn die eigentliche Zielstellung lautet, die Projekte und Ideen der Lokalen Agenda zur Richtschnur für die Landespolitik zu machen, dann bin ich damit hundertprozentig einverstanden und sage, das kann natürlich nur dann gelingen, wenn man es in die für die jeweiligen Politikfelder geeigneten Programme, Instrumente, Gremien, Strukturen integriert.

Ich will Ihnen das gern am Beispiel meines Hauses erläutern: Schon die Entscheidung für den Ressortzuschnitt war eine Entscheidung für die Integration der Agenda-Ziele in die Landespolitik. Denn Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz so zusammensetzen, wie wir das jetzt haben, führt dazu, dass man verschiedene Zieldimensionen sinnvoll miteinander verknüpft. Ich muss hier nicht besonders ausführen, dass sowohl Luftreinhalteziele als auch Lärminderungsziele als auch Klimaschutzziele als auch Gesundheitsziele was mit den Dimensionen der Lokalen Agenda zu tun haben. Um auf Ihre Frage zu antworten, Herr Ziller: Es ist nicht dahergesagt, wenn wir auf die Frage, wie wir das mit der Lokalen Agenda finden, in dem Bericht geantwortet haben: Das ist integraler Bestandteil der Politik der Senatsverwaltung. Das ist so, und das können Sie an jedem einzelnen Projekt nachvollziehen. Aber man kann dieses Ergebnis der Enquetekommission eben nicht – und darin besteht der Kurzschluss – in dem Beschluss des Abgeordnetenhauses dadurch umsetzen, dass man daneben eine Art Nachhaltigkeitsagentur etabliert, die dann alle Senatsverwaltungen überwacht. Ich glaube, das funktioniert nicht. Man muss es wirklich integrieren.

Diese Integration ist aus meiner Sicht in den Bereichen, die hier beispielhaft bezogen auf mein Ressort berichtet worden sind, auch hervorragend gelungen. Da gibt es dann zwar keine Nachhaltigkeits AG, aber wir haben jetzt eine ressortübergreifende AG zum Klimawandel etabliert. Wir haben mit dem klimaschutzpolitischen Arbeitsprogramm die ressortübergreifenden konkreten Arbeitsaufträge für die verschiedenen Häuser definiert und eine jährliche Berichterstattung dazu vereinbart. Wir haben mit den Arbeiten sowohl am Energiekonzept als auch am Klimaschutzgesetz das gemacht, was Sie hier verlangen, nämlich langfristige Ziele setzen, konkrete Maßnahmen ableiten und die auch überprüfbar gestalten. Genau das machen wir im Rahmen dieser Tätigkeit. Auf Seite 45 ff des Berichts gibt es ein Fazit zur Bestandsaufnahme. Ich halte das in der Differenziertheit für ein richtiges Fazit, und aus dieser Differenziertheit muss man dann auch ableiten, wie kommt man von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigkeitspolitik, und zwar quer über alle Ressorts. Das ist die Aufgabe, und die ist, denke ich, ansatzweise in dem Bericht auch gut beschrieben.

Sie haben auch nach den Indikatoren gefragt. Von den 12 Indikatoren sind allein 5 aus dem Bereich Gesundheit und Umwelt. Das liegt auch in der Natur der Sache, weil wir hier einen engen Zusammenhang haben. Natürlich haben wir diese Indikatoren und die Messziffern dafür vorgeschlagen, das liegt im Land Berlin vor. Diese Daten kann man erstellen, und die können wir natürlich auch interpretieren, bewerten, und Sie müssen dann die politischen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Aus meiner Sicht ist der Weg von der En-

quetekommission zu einer ressortübergreifenden Nachhaltigkeitspolitik nicht so gebrochen, wie er jetzt hier in der Anhörung dargestellt worden ist, sondern hat sich, in reale Politik übersetzt, ganz gut bewährt. Es ist auch völlig klar, dass man zu 63 Handlungszielen möglicherweise nicht retrospektiv so viel berichten sollte, sondern lieber nach vorn gerichtet schauen sollte, wie ist es verankert in den Arbeitsprogrammen sowohl der Landesregierung insgesamt als auch der einzelnen Häuser.

Ein letztes Wort zu den Bezirken: Ich fand die Papiere, die der Kollege aus Steglitz-Zehlendorf hier vorgelegt hat, geradezu beispielhaft dafür, wie man in eigener bezirklicher Verantwortung mit Blick auf die Ressourcen, die logischerweise nicht uferlos zur Verfügung stehen, ein gutes kommunalpolitisches Programm macht und einen Vorschlag unterbreitet, wie das dann auch auf der Bezirksebene kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Ich kann nur dazu ermuntern, dass der Bezirk das mal im RdB vorstellt, damit andere Bezirke eine solche Initiative aufgreifen. Denn die Vorstellung, man könne das verordnen durch eine wie auch immer geartete übergeordnete Institution – mit Herzblut, wie es Herr Prof. Rogall so schön gesagt hat –, die geht an den landespolitischen Realitäten Berlins vorbei. Wir haben hier und aus gutem Grund ein zweistufig organisiertes Gemeinwesen, das so vielfältig, bunt, unübersichtlich usw. ist, Sie wissen das alle, und Sie schätzen das, hoffe ich, genauso wie ich, dass man eben keinen alleinigen Prozess da raufpfropfen kann wie auf die Spitze einer Pyramide, sondern dass man auf die Vielfalt der Akteure, der Strukturen, der Gremien setzen muss und eher über die Integration gemeinsamer Ziele zu einem stetigen Prozess kommt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank für diese Zwischenrede in unserem Programm! – Ich darf Frau Nolting bitten, für die Anzuhörenden fortzufahren.

Katrin Nolting (IZT): Vielen Dank! – Ich möchte an das, was Frau Lompscher soeben gesagt hat, anschließen. Im Prinzip ist die Kernbotschaft: Die Integration ist im Wesentlichen gelungen, die Umsetzung in reale Politik hat stattgefunden. Das ist ein Punkt, den wir bei Berlin 21 und in diversen Gremien durchaus wertschätzen und sehen, zurückzuführen zum Bericht, wo wir darum gebeten haben, wirklich gemeinsam da anzuknüpfen.

Zurückkommend zum Bericht: Über die Art und Weise der Berichterstellung sind wir sehr unglücklich gewesen – Herr Rogall hat es schon angedeutet. Es gab im Prinzip erst ganz kurz vorher den Auftrag, sich darum zu kümmern. Wir haben ganz langfristig, fast anderthalb Jahre vorher, wenn nicht noch länger, die Senatsverwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass ein solcher Bericht ansteht. Wir haben unsere Mithilfe angeboten. Wir haben angeboten, aus unserer Sicht die Ergebnisse zusammenzutragen und den Bericht gemeinsam mit der Senatsverwaltung zu erstellen. Das ist leider auf taube Ohren gestoßen, das muss man sagen.

Herr Ziller, zu Ihrer Frage, wie man das organisieren kann: Es gibt eine politische Botschaft, und es gibt die reale Aussage des Statistischen Bundesamtes – in Anknüpfung an das, was die Bundesregierung gemacht hat. Sie hat zum einen den Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes vorgelegt, und zugleich hat der RNE, der Rat für Nachhaltige Entwicklung, ein halbes Jahr später den Ampelbericht herausgebracht, wo er allgemeinverständlich der Bevölkerung gezeigt hat: Die Zahlen müsst ihr nicht im Einzelnen deuten, aber in den Bereichen ist die Entwicklung auf gelb oder auf rot, das heißt, hier muss dringend umgesteuert und etwas getan werden. Und natürlich gibt es auch Bereiche, wo die Entwicklung gut vorangegangen ist. Auch das wurde mit diesem Ampelbericht demonstriert. Einen solchen Ampelbericht haben wir von Berlin 21 für den Bericht der Agenda 21 vorgeschlagen, mit in die Wege zu leiten. Von unserer Seite sind ganz konkrete Vorschläge gekommen, aber sie sind nicht aufgegriffen worden. Und das verstehen wir auch unter zukünftig, wie können wir jetzt in die Zukunft gucken, den Prozess zu organisieren. Auch uns geht es nicht darum, einen Prozess überzustülpen, sondern an der Realpolitik anzuknüpfen. Aber ein solcher Prozess braucht Ressourcen, und er muss organisiert werden, also dass Top-down und Bottom-up auch zusammengeführt werden kann.

Das ist auch dieser Umgang mit Unsicherheiten, sozusagen ein ganz normaler, kontinuierlicher Verbesserungsprozess – kennen wir alle. Es gibt die Strategieentwicklung, es gibt die Leitbildentwicklung, die Umsetzung in Programme und einzelne Fachressorts und am Ende die Evaluierung. Und mit dieser Evaluierung lässt sich feststellen: Wo sind gravierende Handlungsbedarfe? Wo muss verbessert werden? Wo muss viel-

leicht etwas ganz anderes entstehen? Das ist unsere Vorstellung für den Nachhaltigkeitsprozess in Berlin und dass das so passiert in einem Abstand von zwei bzw. drei Jahren und dass es regelmäßig passiert und hierfür auch Mittel eingestellt werden, dass das also nicht nur in relativ abgegrenzten Gremien passiert, sondern dass eben auch zu einem gewissen Teil die Bevölkerung, die mit dem Thema befasst ist, also dass dort ein organisierter Dialogprozess stattfinden kann. Uns hat es sehr und auch persönlich geärgert, dass wir dort so auf taube Ohren gestoßen sind, dass im Prinzip all das, was als Dialog veranstaltet wurde, eine einzelne Befragung mit fünf Personen von Berlin 21 war und ein ursprünglich geplanter Workshop, ein ursprünglich geplanter Tag der offenen Tür, also dass solche Gespräche überhaupt nicht stattfinden konnten. Denn wir hätten durchaus und auch an sehr viel früherer Stelle sehr viel zu den Indikatoren, etwas zu den positiven Entwicklungen und auch zu den Handlungsbedarfen gesagt, und das gar nicht auf konfrontativer Ebene, sondern unter dem Blickpunkt: Wie können wir das gemeinsam gestalten?

Dann möchte ich noch auf eine letzte Sache auf der Bundesebene hinweisen: Es gibt ja – oder gab zumindest, das ist derzeit ein bisschen eingeschlafen – die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Indikatoren. Die vertikale Integration, also EU-Ebene, Bundesebene, Länderebene, kommunale Ebene ist eine ganz dringende Aufgabe, woran auch die Bundesregierung sehr stark zu knabbern hat, um das an irgendeiner Stelle hinzubekommen. Da sollte man auf jeden Fall, und da sollte auch Berlin immer wieder hinschauen und sich beteiligen – Wo stehen wir? Wo stehen wir mit unseren Indikatoren? –, damit ein gewisser Angleich und auch eine gewisse Vergleichbarkeit dann letzten Endes im Bundesgebiet stattfinden kann.

An dieser Stelle noch ein letztes Wort, weil Frau Lompscher gesagt hat, die Politikintegration sei gelungen – was ich auch durchaus an einigen Stellen persönlich so sehe und unterstütze, aber wo ich mich frage: Warum wird das nicht in die Öffentlichkeit getragen? Warum werden diese Erfolge nicht kommuniziert? – Es gab vor ein paar Monaten eine Beilage in der „Berliner Zeitung“ zur Nachhaltigkeit in Berlin. Da wurden tolle Projekte, Berichte im Energiebereich, im Gebäudebereich usw. vorgestellt, und es wurde mit keiner einzigen Silbe die Nachhaltigkeitsstrategie von Berlin erwähnt – das schmerzt. Das schmerzt verdammt, wenn man zehn Jahre lang diese Arbeit gemacht hat! Da funktioniert die Integration nicht. Wenn es auf einer unteren Ebene funktioniert, aber an dieser Stelle der Kommunikation funktioniert es definitiv nicht, ist das etwas, wo wir uns zukünftig sehr viel stärker und sehr viel besser Zusammenarbeit wünschen.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Frau Nolting! – Herr Schrage-Aden!

Peter Schrage-Aden (Klimaschutzbeauftragter BA Steglitz-Zehlendorf): Es gab einige Fragen an mich: Warum haben wir unsere eigenen Indikatoren aufgestellt? Wir haben wir das gemacht? Und: Wie binden wir die Bürger ein? Wir haben natürlich einen langen Prozess hinter uns, '92 angefangen, haben dann irgendwie gemerkt, dass es mit der ganzen Indikatorendiskussion auf Berliner Ebene nicht so richtig vorankommt und haben ganz konkret den Beschluss des Rats der Bürgermeister von 2005 genommen, konkret die Indikatoren zu entwickeln und haben die einzelnen Abteilungen im Rathaus gefragt, was sie denn für konkrete Indikatoren haben, die auch überprüfbar und messbar sind. Dabei sind unterschiedlich gute Sachen herausgekommen, weil das ja auch nicht ganz einfach ist – ein Beispiel: Der Amtsarzt hat gesagt, dass er die Zahlen – nicht die Kinder, sondern die Zahlen – der adiposiven Kinder halbieren will – bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, mit bestimmten, konkreten Maßnahmen, die überprüfbar und belegbar sind. Das Problem ist nur, dass zwei Monate später leider die Regeluntersuchung der Kinder in den Kitas aufgehoben wurde und sich sozusagen die Datenbasis verändert hat – jetzt muss er sich da eine neue suchen. Dieser Prozess ist auch offen. Wir haben das genommen, was wir hatten, was uns die Verwaltungen angeboten haben. Wir haben natürlich auch nachgeholfen. Wir sind in die Dienstbesprechungen gegangen, um ihnen zu helfen. Wir haben dann eine Bürgerbefragung organisiert. Da sind noch mal – das steht alles im Internet – 30 Vorschläge gemacht worden, die unterschiedlich qualifiziert sind – „qualifiziert“ im Sinne von messbar und nachprüfbar. Die sind aufgenommen worden, wenn es auch eine Abteilung gab, die dieses bewegen kann, sodass die Anzahl dabei herausgekommen ist, die wir jetzt haben.

Wir haben jetzt Gott sei Dank die Nachhaltigkeitsstelle, aber vorläufig auch nur noch einen Monat, die diesen Bericht jetzt schreiben wird. Das macht sehr viel Arbeit, in die Abteilungen zu gehen und zu fragen, was habt ihr denn nun wirklich. Denn das weiß jeder, das kommt nicht von allein. Wir müssen uns im August dann überlegen, wer das weiter machen wird, denn das ist personell ziemlich eng.

Die Frage der Einbindung der Bürger: Ich habe schon gesagt, Zukunftskongress, Salons. Ich habe konkret die Aufgabe, 30 Veranstaltungen im Jahr rund um die Gebäudesanierung zu machen. Das kann ich natürlich nicht allein machen, deswegen habe ich einen Verein gegründet, den Aktionskreis Energie, mit dem wir dieses machen. Wir hatten am Anfang EU-Mittel, die sind nach drei Jahren ausgelaufen. Jetzt versuchen wir, das mit unseren bescheidenen Mitteln, die wir als Umweltamt haben und die nun wirklich sehr bescheiden sind, dieses Programm weiterzuführen. Das kann man sich auf unserer Webseite angucken. Es ist, glaube ich, das ambitionierteste Programm in einem Bezirk, was wir dort fahren. Nur ein Beispiel: Wir machen eine Veranstaltung zu einem so tollen Thema wie Runderneuerung von Kastendoppelfenstern. Da kommen 80 Personen, Fachleute, die sich drei Stunden lang einen fundierten Fachvortrag anhören und anschließend noch Besichtigungen durchführen, denn das ist ein Thema, das brennt. Dieser Leitfaden, nach denen solche Kostendoppelfenster – von denen es, glaube ich, noch 2 Millionen in Berlin gibt – saniert werden sollen, ist mal vom Senat in Auftrag gegeben worden – dummerweise war das ein Senat, der nur ein halbes Jahr existiert hat, und deswegen kennt niemand diesen Leitfaden. Er ist auf keiner Webseite, weder bei Frau Junge-Reyer noch beim Wirtschaftssenator, der den mal bezahlt hat, zu finden. Das zum Thema Wissensmanagement, wo wir dringend solche Dinge auch brauchen. Wir versuchen, das mit diesem Verein, mit unseren geringen Möglichkeiten und Beiträgen am Leben zu erhalten.

Wir wollen das aber bezirklich machen. Ich denke, es ist unglaublich wichtig, dass die Bezirke stärker wahrgenommen werden in diesem Prozess. Denn die Menschen leben im Bezirk und nicht erster Linie in Berlin, und Bezirke sind so groß wie eine normale Großstadt – na, Großstadt nicht, aber wie Braunschweig. Wir müssen deshalb viel stärker solche Strukturen reinbringen. Hier wurde gefragt, ob wir mit den Nachbarbezirken zusammenarbeiten. Wir haben Kontakte, ja, aber wir haben schon den Anspruch, das auf bezirklicher Ebene zu organisieren. Wir wollen nicht über die Dörfer gehen und eine gute Idee überall herumtragen, denn dazu fehlt die Zeit. Wir müssen es bei uns umsetzen.

Wir haben als ganz konkrete Sache zum Beispiel vor, eine einheitliche Webseite aufzubauen, wo alle Energieausweise aller öffentlichen Gebäude im Bezirk dargestellt werden, und zwar nicht der bezirklichen nur, sondern auch der vom Senat, der Bundesgebäude, auch die Kirchen einbezogen, um deutlich zu machen, wo der Bezirk steht, was der macht, und nicht diese Aufteilung, das sind die öffentlichen Gebäude, das sind die anderen, um hier eine einheitliche Struktur hinzubekommen.

Ich möchte noch einen Punkt, der mir auch in Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit wichtig erscheint, nennen: Wir sind Mitglied im Klimabündnis seit 1991. Es gibt nirgendwo in der Stadt eine Stelle, wo sichtbar ist, dass Berlin Mitglied im Klimabündnis ist. In Hannover gibt es ein Tropenhaus, da geht man rein, wenn man herauskommt, fällt man sozusagen auf eine Wand. Auf dieser Wand steht sehr schön erklärt, warum Hannover Mitglied im Klimabündnis ist, aus den und den Gründen usw., dann weiß jeder Bescheid. So etwas fehlt mir irgendwo in Berlin. Ich habe auch einen konkreten Vorschlag: Im Botanischen Garten, der quasi Sinnbild ist für die Unterstützung der Völker des Regenwaldes, wird jetzt gerade eine Terra-Preta-Anlage gebaut oder ist zumindest beantragt. Terra Preta ist eine bestimmte Kompostart, die vor 1000 Jahren von den Indianern des Amazonasgebietes entwickelt wurde und seit drei, vier Jahren von Berliner Wissenschaftlern entschlüsselt worden ist. Da wird so eine Anlage gebaut. Das ist besser als alles, was es auf der Kompostschiene bislang gegeben hat. Das wäre eine Gelegenheit, sich zu verbeugen vor dem, was die Ureinwohner Amerikas geleistet haben auf dieser Strecke, und das ist ein Teil dessen, wozu wir uns verpflichtet haben, sie bei dem Erhalt ihrer natürlichen Umwelt zu unterstützen. Das könnte man hier – ich sage das deswegen, weil der Botanische Garten nun mal bei uns im Bezirk ist – sichtbar machen. Es gibt da vielleicht ganz andere Beispiele.

Ein anderes Beispiel von Bürgerbeteiligung, wo es auch darum geht, zu verlinken und zu vernetzen: Es gibt eine ganz starke Bürgerbewegung um die Onkel-Tom-Siedlung, also um den Bahnhof Onkel Toms Hütte herum, die ganz viele Ideen und Vorstellungen hat, und Fokus ist der Bahnhof. Der Bahnhof ist in einem grottenschlechten Zustand, da können wir wenig beeinflussen, das betrifft die BVG. Zur BVG gibt es immer noch kein Klimaschutzabkommen – jetzt ist Frau Lompscher leider nicht da. Der Vorschlag ist: Diesen Bahnhof soll die BVG modellhaft sanieren – zum Beispiel wird er immer noch mit Strom geheizt, und das Dach ist nicht gedämmt – und schafft dort nette und gute Arbeitsbedingungen und kann sich damit schmü-

cken im Rahmen eines Klimaabkommens. Das ist sinnhaft und anfassbarer, als wenn man die U-Bahn mit Ökostrom fahren lässt – was auch gut ist. Wir müssen viel mehr deutlich machen, wo bewegen wir etwas, und wo bewegen wir gemeinsam etwas.

Allerletzter Punkt, weil es hier so ein bisschen darum gibt, wer ist besser: Bei uns im Bezirk hat der Bürgermeister die Nachhaltigkeitsziele vorgestellt und verabschiedet – und der ist von der CDU.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank den Anzuhörenden für Ihre Ausführungen! Wir haben jetzt zwei Runden gemacht. Für das weitere Procedere schlage ich vor, wir hören jetzt noch eine Wortmeldung, die sich an die Senatorin richtet – denn sie wird noch ein Schlusswort sprechen –, die wäre von Frau Eichstädt-Bohlig. – Bitte schön!

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Ich habe nur zwei kurze Fragen an Frau Senatorin Junge-Reyer, nämlich zur Vorhaltung von Herrn Prof. Rogall. Wie sieht es aus mit der EnEV-Kontrolle in Berlin? Das ist eines der zentralen Probleme. Und als zweites: Wie sieht es aus mit den Energiepässen für öffentliche Gebäude, für die die BIM bzw. das Land Berlin zuständig ist?

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Dann hat jetzt Frau Senatorin das abschließende Wort zu diesem Tagesordnungspunkt. – Bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – An mich sind zwei, drei konkretere Fragen gestellt worden. Auf der einen Seite hat Herr Buchholz nach den Tagungsorten gefragt. Selbstverständlich gibt es eine Möglichkeit, in den Räumen von Senatsverwaltungen Sitzungen durchzuführen. Man muss sich melden. Wenn Räume zu einer gewünschten Zeit zur Verfügung stehen, dann werden sie auch zur Verfügung gestellt. Das, was zwischenzeitlich mal begehrt wurde, war so etwas wie eigene Räume und eine Schlüsselgewalt haben. Das gibt es nicht. Also, im Zweifel nachfragen und schauen, wo in den Bezirksverwaltungen oder in den Senatsverwaltungen ggf. ein Raum da ist.

Zum Grundsatz des Agenda-Prozesses will ich nicht wiederholen, was Frau Lompscher gesagt hat. Ich teile ihre Auffassung. Wir sind gelegentlich offensichtlich in den zurückliegenden Diskussionen der Versuchung erlegen, einen solchen Prozess um seiner selbst willen zu sehen, einen solchen Prozess getrennt zu sehen von den eigentlichen Zielen. Ich glaube, dass dies eine wesentliche Gefahr ist.

Frau Kubala hat gesprochen – und da teile ich Ihre Auffassung – von der Querschnittsfunktion, die dieser Agenda-Prozess, die die Nachhaltigkeitsdiskussion haben muss. Dabei geht es nicht nur um die Themenfelder, die Frau Kollegin Lompscher schon genannt hat, sondern es geht, um ein weiteres Beispiel zu nennen, auch um die räumliche Entwicklung der Stadt. Wenn wir nicht bei der Entwicklung von Tegel, bei der Entwicklung von Tempelhof die Nachhaltigkeit zu einem wesentlichen Querschnittsthema für alle Entwicklungen machen und Sie diese Nachhaltigkeit jeweils mitdiskutieren, ob es sich um die Gestaltung von Grün, ob es sich um das Bauen oder um die Frage handelt, wie Gebäude bewirtschaftet werden – – So muss man nach meiner Einschätzung Nachhaltigkeit dann wirklich verstehen.

Hier ist von der Schwierigkeit gesprochen worden zu kommunizieren. Nun wollen wir nicht der Presse vorwerfen, was sie nicht kommuniziert. Ich glaube allerdings, dass es ein großes Interesse an diesen Nachhaltigkeitsthemen gibt, wenn sie bildhaft vermittelt werden können, wenn wir sie verbinden können mit dem, was geschieht an einem Ort in der Stadt, so wie ich das gerade geschildert habe, oder mit einer Themenstellung, wie sie sich zum Beispiel in den Indikatoren wiederfindet. Verlangen wir doch nicht, dass eine theoretische Diskussion um eine Agenda geführt wird! Wie vermittelt man einer lesenden, einer hörenden Bevölkerung allein den Begriff „Agenda“? Daran sehen Sie schon, wie schwierig eine solche Vermittlung ist. Deshalb ist mir wichtig, dass wir die Kernindikatoren gefunden haben – in einem sehr komplizierten Prozess, zugegebenermaßen. Das, was uns mit dem Beschluss zur Agenda überlassen worden war, war eine Mischung aus Handlungsfeldern und Zielen, aus Indikatoren, die nicht sortiert gewesen sind. Das war eher das Benennen von Themen. Wir sind dann in ähnlicher Weise vorgegangen, wie das hier – und dafür bin ich sehr dankbar, Herr Schrage-Aden – für den Bezirk geschildert worden ist mit den Fachressorts zu den drei wesentlichen Fragestellungen, also zu den Dimensionen Soziales, Umwelt, Wirtschaft zu diskutieren, wo sie welche Möglichkeiten sehen, Erfolge im Sinne der Nachhaltigkeit zu messen. Das ist ein wichtiger Bestandteil gewesen. Natürlich haben wir die Theorie – das will ich jetzt nicht wiederholen – dieser Findung der Kernindikatoren in dem Bericht auch geschildert. Ich empfehle denjenigen, die das interessiert, ab Seite 46 zu lesen, wie dies geschehen ist. Aber wir haben selbstverständlich auch verglichen mit den Indikatoren, die auf Bundesebene gefunden worden sind. Da kann man nicht einfach etwas übernehmen, das wäre nicht richtig für Berlin. In einer großen Stadt müssen wir uns erstens andere Ziele setzen, und wir müssen vor allen Dingen selbstbewusst neue Ziele definieren und Ziele definieren, von denen wir sagen, dass wir uns, wenn wir sie dann messen, auch an der Situation in der Hauptstadt orientieren, an der Situation in einer Metropole. Das muss sich unterscheiden von dem, was zum Beispiel als Bundesindikator für die Landwirtschaft definiert worden ist und für das Wirtschaften in dem ländlichen Bereich – um nur ein Beispiel zu nennen.

Deshalb, meine Damen und Herren, will ich noch einmal sagen: Lassen Sie uns Nachhaltigkeitspolitik als integrierten Politikbereich sehen, der in allen anderen Politikbereichen ganz selbstverständlich vorkommen muss! Deshalb kann ich Ihnen nicht empfehlen, einen Ausschuss für Nachhaltigkeit im Abgeordnetenhaus zu gründen. Lassen Sie uns lieber miteinander verabreden, dass Sie das Thema Nachhaltigkeit im Innenausschuss, im Justizausschuss, im Wirtschaftsausschuss, im Sozialausschuss, im Ausschuss, der sich mit der Situation der Umwelt auseinandersetzt, immer wieder zum Thema machen – sehr gerne gemeinsam! Aber lassen Sie uns den Nachhaltigkeitsprozess und die Diskussion um die Agenda nicht neben den anderen Politikfeldern führen, sondern so, wie wir das hier vorschlagen, gleichzeitig mit der Diskussion in anderen Politikfeldern als einen integrierten Diskussionsprozess, der allerdings dann jeweils auch – und die Kritik müssen wir vielleicht miteinander annehmen – als solcher genannt werden muss, damit es sich besser kommuniziert.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Die Besprechung und die Anhörung dienen dazu, dass die Fraktionen sich für eigene politische Initiativen informieren. Insofern danken wir den heute Angehörten für Ihr Erscheinen, für Ihre Auskünfte und werden dies sicherlich, obwohl wir den Tagesordnungspunkt heute damit abschließen, bei Gelegenheit weiter verfolgen. Vielen Dank für Ihr Kommen!

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU [0336](#)
Schutzfristen für Kleingärten unbefristet verlängern
Drs 16/2640

- b) Antrag der Fraktion der Grünen [0337](#)
Perspektive für Kleingartenanlage langfristig verlängern!
Drs 16/2642

- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0370](#)
Verlängerung der Schutzfristen für Kleingartenanlagen und Fortschreibung des Kleingartenentwicklungsplanes Berlin
Drs 16/2914
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

- d) Antrag der Fraktion der Grünen [0402](#)
Keine Schaffung von vollendeten Tatsachen: Kündigung von Kleingärten nicht vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zur A 100
Drs 16/3132

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.